

Sonderdruck aus:

**Weiterentwicklung der
Keynes'schen Theorie und
empirische Analysen**

Herausgegeben von

Jürgen Kromphardt

Metropolis-Verlag
Marburg 2013

Keynes' Wachstumsskepsis auf lange Sicht

Darstellung und Überlegungen
zu ihrer aktuellen Relevanz

Karl Georg Zinn

Der Titel „Allgemeine Theorie“ des Keynesischen Hauptwerks impliziert den Anspruch, eine Raum und Zeit übergreifende Erklärung für die Funktionsweise des marktwirtschaftlichen Kapitalismus vorzulegen. Somit sollte die Theorie auch anwendbar bleiben, wenn sich im historischen Prozess Veränderungen – etwa im Verhalten von Konsumenten und Investoren – ergeben, und die Theorie sollte solche Veränderungen möglichst auch erklären und bis zu einem gewissen Grad prognostizieren können. Eine Theorie, die dies zu leisten vermag, beschränkt sich nicht auf die kurze Frist, sondern enthält zumindest das Potential, auch langfristigen *historischen* Wandel zu erhellen. Meine These lautet: Keynes' „Allgemeine Theorie“ erfüllt durchaus diese Forderungen, aber die Keynesische Langfristperspektive erscheint als weißer Fleck auf dem Bild, das in der breiteren Öffentlichkeit und insbesondere auch in den Massenmedien von DEM Keynesianismus präsentiert wird. Dies ist kein rein theoriegeschichtliches Defizit, sondern die popularisierte Version der Keynesischen Theorie klammert Überlegungen Keynes' aus, die für die Analyse der jüngeren Wachstumsabschwächung¹ und die damit verbun-

¹ Wachstumsabschwächung bis zum völligen Ausbleiben von Wachstum wird von etlichen AutorInnen als Stagnation bezeichnet (z. B. Reuter, 2000, 243ff.; Spahn, 1986, 220ff.). Die stagnationstheoretischen Arbeiten von Alvin A. Hansen (Hansen,

denen Beschäftigungsprobleme beachtliche Erklärungskraft haben und für die wirtschaftspolitische Praxis von Nutzen sein könnten. Dass Wachstumsskepsis, gar Wachstumskritik im Kapitalismus prinzipiell nicht wohlgefallen sind, überrascht wohl niemanden – insbesondere nicht in der gegenwärtigen Großen Wirtschaftskrise. Doch die Ursachen der Krise finden sich in der Vergangenheit, und Keynes' Theorem der endogenen Wachstumsreduktion liefert eine plausible Erklärung, warum die anhaltende Wachstumsschwäche schließlich zur Großen Krise geführt hat. Auch damit befassen sich die folgenden Ausführungen.

1 *Zu Keynes' Langfristanalyse – ein Überblick*

Dieser Überblick zu Keynes' Langfristperspektive und zu seiner Erwartung abnehmenden Wachstums führt in medias res unserer Thematik und soll gleich zu Beginn verdeutlichen, dass die bisherige Vernachlässigung der Keynesschen Langfristanalyse des kapitalistischen Wachstumsprozesses lediglich einer verengten Wahrnehmung bzw. Interpretation seiner Theorie in der Sekundärliteratur, aber nicht der Theorie selbst geschuldet ist.

1938; 1954; 1955), die wesentlich von der Keynesschen Theorie angeregt, ja als Popularisierung eines Keynesschen Stagnationstheorems wahrgenommen wurden (Schneider, 1953), lassen es m. E. unproblematisch erscheinen, von dem „Keynesschen Stagnationstheorem“ zu sprechen. Wachstumsabschwächung, wie sie Keynes erwartete, genügt auch der Stagnationsdefinition aus der *Encyclopedia of the Social Sciences* von 1968: „Central to the definition of ‘stagnation’, in economics, is a situation in which total output (or output per capita) is constant, falling slightly, or rising only sluggishly, or a situation in which unemployment is chronic and growing“ (Penrose, 1968, 137). – Der Autor verzichtet aber auf Anraten des Herausgebers – seine ursprüngliche Redeweise korrigierend – darauf, hier von der *Keynesschen Stagnationstheorie* zu sprechen, denn wegen des pejorativen Untertons, den der Ausdruck Stagnation in manchen Ohren mitschwingen lässt, könnte das Missverständnis entstehen, Keynes hätte die „Stagnation aus Überfluss“, wie sie ihm vorschwebte, als eine Art Katastrophe verstanden. Das Gegenteil ist der Fall. Für Keynes birgt die *endogene* Wachstumsabschwächung nämlich die Chance, ins „Goldene Zeitalter“ zu gelangen. Es versteht sich, dass dieses Werturteil klar von Keynes' positiv-theoretischer Begründung retardierenden Wachstums zu unterscheiden ist!

1.1 Blickverengung der populären Darstellung des Keynesianismus

Die vorherrschende Charakterisierung der Keynes'schen Theorie, insbesondere auch ihrer umfassenden Ausführung im Keynes'schen Hauptwerk der „Allgemeinen Theorie“ von 1936, suggeriert, Keynes hätte sich „eigentlich“ nur mit der konjunkturorientierten, somit auf die kurze Frist angelegten Beschäftigungspolitik befasst und dafür das Konzept der antizyklischen Variation der Staatsausgaben empfohlen, um auf ein Vollbeschäftigungsgleichgewicht von (freiwilliger) Ersparnis und (freiwilliger) Investition hinzuwirken. Notwendig erweist sich hierbei in der Regel auch die staatliche Defizitfinanzierung, nämlich wenn die private Ersparnis auf Vollbeschäftigungsniveau (S_v) von der geplanten Investition (I_v) nicht synchron absorbiert wird, also $S_v > I_v$. Die private „Überersparnis“ soll dann durch Kreditaufnahme des Staates abgeschöpft und für öffentliche Investitionen und/oder andere Staatsausgaben verwandt werden. Diese nicht zuletzt medial verbreitete Vorstellung von DEM Keynesianismus verengt ihn auf staatliche Defizitpolitik und die Zunahme der Staatsschulden, und das Staatsschuldenproblem bildet bekanntlich einen Hauptangriffspunkt der Keynes-Kritik.

Ein Zitat von Peter Clarke, einem der subtilsten Historiker der Genese von Keynes' Theorie, mag verdeutlichen, dass der Keynesianismus landläufig mit Defizitpolitik assoziiert und darauf reduziert wird: „If there is one thing that everyone knows about Keynes, it is surely that he favoured budget deficits. ... The fact that, for 99.9 per cent of the time, Keynes was evidently *not* writing about deficits will seem surprising only to those – including many famous economists today – who have never actually read any of his books“ (Clarke, 2009, 168f.). Abgesehen von der rhetorischen Übertreibung „99.9 per cent“ trifft Clarke wohl den sprichwörtlichen Nagel auf den Kopf. Quasi kodifiziert findet sich der auf die Defizitpolitik und „kurze Frist“² konzentrierte Keynesianismus im bundesdeutschen „Stabilitätsgesetz“ (Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft) vom 8. Juni 1967. Immerhin sieht das Stabili-

² Erich Schneider hat in der vehementen Verteidigung des Keynesianismus gegen die in den 1950er Jahren vor allem von den Vertretern des Ordo-Liberalismus in die breite Öffentlichkeit getragenen Angriffe gegen Keynes herausgestellt, „daß die Keynes'sche Theorie eine ‚Theorie der kurzen Periode ist‘“ (Siehe Schneider, 1953, 96), und sah darin ein Wesensmerkmal der „eigentlichen Leistung Keynes: der Aufdeckung der Determinanten des Volkseinkommens“ (ibidem).

tätsgesetz eine sich auf fünf Jahre erstreckende mittelfristige Finanzplanung („Mifri“) vor.

1.2 Auslassungen und Fehldeutungen in der Keynes-Rezeption

Die Vorstellung, Keynes hätte sich außer in dem inzwischen relativ bekannten Essay von 1930 über „Wirtschaftliche Möglichkeiten für unsere Enkelkinder“ (Keynes, 1930a, in: Reuter, 2007, 135-147) nicht weiter mit der langen Frist befasst, ist unhaltbar und lässt sich keineswegs, wie nicht selten unterstellt wird, aus der „Allgemeinen Theorie“ heraus begründen. Vater und Sohn Skidelsky vermitteln in ihrer 2012 erschienenen, weithin beachteten Abhandlung über das „gute Leben“ (Skidelsky/Skidelsky, 2012³; sowie, 2013a; 2013b) den Eindruck, außer im „Enkelkinder-Essay“ hätte sich Keynes nicht mehr mit der langfristigen Entwicklung befasst. Die Anfangspassagen der Skidelskyschen Gemeinschaftsarbeit lesen sich wie eine Hommage an Keynes als Zukunftsvisionär, dann konstatieren sie aber unzutreffend, Keynes hätte sich später nicht mehr mit solchen Zukunftsentwürfen befasst: „Given when it was written, it is hardly surprising that Keynes’s futuristic essay was ignored. ... And Keynes never explicitly reverted to his vision, though the dream of a workless future was always there in the background of his thinking. Indeed, it was as a theorist of short-term unemployment, not of long-run economic progress, that Keynes achieved world fame... Nevertheless, there are good reasons for returning to the questions Keynes raised, then dropped“ (s. Skidelsky/Skidelsky, 2012, 5). Die Skidelskys argumentieren nicht nur wachstumsskeptisch, sondern wachstumskritisch (Skidelsky/Skidelsky, 2013a, 2013b), und hätten somit von Keynes noch weitaus mehr lernen können, als sie aus dem 1930er Essay herausgelesen haben. Wenn selbst dem Autor der mit drei Bänden umfangreichsten Keynes-Biografie, Robert Skidelsky (vgl. Skidelsky, 2003), bisher verborgen geblieben ist, dass Keynes durchaus zur Langfristperspektive „reverted“ und 1943 nicht nur eine sehr präzise Langfristprognose stellte, sondern von dem *endogen* begründeten Auslaufen, gar Ausbleiben wirtschaft-

³ Hier eine Auflistung der zahlreichen Rezensionen des Buches der beiden Skidelskys zu geben, würde zu weit führen. Es mag genügen, auf die Tatsache einer Vielzahl von Besprechungen hinzuweisen.

lichen Wachstums im hoch entwickelten Kapitalismus explizit den Übergang zu einem „Goldenen Zeitalter“ erhoffte (Keynes, 1930a, in: Reuter, 2007, 162), darf festgestellt werden, dass Keynes Theorie der langen Frist *heute* noch weitgehend übersehen wird und seine Langfristprognose mit Ausnahme des Enkelkinder-Essays von 1930 ignoriert wird (so auch die meisten Beiträge in: Pecchi/Piga, 2008; vgl. Zinn, 2009c).

Die Differenz zwischen kurz- und langfristiger Sicht auf die Wirtschaftsentwicklung betrifft unterschiedliche Wahrnehmungs- bzw. Ausdeutungsperspektiven im Umgang mit Keynes' Theorie und naturgemäß unterschiedliche historische Anwendungssituationen. Die beschäftigungspolitische Instrumentalisierung der Theorie, um an einen eigentlich trivialen Sachverhalt zu erinnern, erfolgt unter den jeweiligen historischen Gegebenheiten, und die verändern sich von Jahr zu Jahr und Jahrzehnt zu Jahrzehnt, erst recht über ein Jahrhundert hinweg – mal mehr, mal weniger. Dieser Aspekt, dass die wirtschaftspolitische Theorieanwendung nicht ohne Rücksicht auf die sich wandelnde volkswirtschaftliche Gesamtsituation erfolgen kann bzw. sollte, war Keynes weder unbekannt, noch versäumte er, dies entsprechend zu thematisieren, wie gerade an den beschäftigungspolitischen Empfehlungen deutlich wird, die Keynes seiner Langfristprognose der endogenen Wachstumsminderung beifügte (Keynes, 1943, in: Reuter, 2007, 160 ff.). Die Schwankungen im kapitalistischen Wachstumsprozess erfordern zwar konjunkturpolitische Glättung mittels antizyklischer Staatsinterventionen, aber deren nachhaltiger Erfolg hängt auch vom langfristigen, die Zyklen übergreifenden Wachstumstrend ab. Wenn sich der Wachstumstrend abflacht und Wachstum gegebenenfalls sogar ganz ausbleibt, vermögen „antizyklische“ Maßnahmen eben nicht zu einem „selbsttragenden Wachstum“ zurückzuführen. Das Konzept der antizyklischen Fiskalpolitik müsste dann durch ein anderes abgelöst werden. Eine solche Revision der bisher als „keynesianisch“ geltenden Beschäftigungspolitik steht aber noch aus. Doch gerade darum geht es bei der Keynes'schen Wachstumsskepsis und seiner Analyse der langfristigen Veränderungen im kapitalistischen Wachstumsprozess. Vollbeschäftigung (allein) durch Wachstum ist dann nicht mehr machbar – jedenfalls nicht ohne Opportunitätskosten, die – so jedenfalls Keynes' Einschätzung – höher ausfallen als der Wohlstandsgewinn durch ein quasi „erzwungenes“ Wachstum (Keynes, 1943, in: Reuter, 2007, 160). Doch das wird genauer zu beleuchten sein.

1.3 Das Nachfrageproblem auf kurze und lange Sicht

Wie erwähnt, resultiert die Differenz zwischen kurz- und langfristiger Perspektive bei der Sicht auf die Keynesische Theorie aus Interpretations- und Anwendungsunterschieden. Doch jede keynesianische Beschäftigungspolitik ist gehalten, das Nachfrageproblem zu lösen, d. h. dafür zu sorgen, dass das gesamtwirtschaftliche Arbeitsangebot von der Nachfrage aufgenommen wird. Im Fall der kurzfristigen Konjunktursteuerung gilt sozusagen der traditionelle keynesianische Regelfall, nämlich die Nachfrage *ceteris paribus* dem Angebot anzupassen. Falls jedoch eine dauerhafte Wachstumsabschwächung eintritt, sind auch arbeitszeitpolitische Maßnahmen, also eine Reduktion des Arbeitskräfteangebots, geboten. Ob und warum es zu dauerhafter Wachstumsreduktion – bis unter die Beschäftigungsschwelle – kommen kann, ist die Kernfrage der Keynesischen „Langfristanalyse“. Zur Verdeutlichung der der Kurz- und Langfristsicht *gemeinsamen* nachfrage-theoretischen Grundlage scheint es angemessen, hier kurz auf die für die Keynesische Theorie zentrale Aussage einzugehen, dass sich das Nachfrageproblem auf das Verhältnis von freiwilliger Ersparnis und freiwilliger Investition zuspitzen und damit erhellen lässt. Zugleich kann dabei demonstriert werden, dass und warum sich nicht nur kurzfristige Diskrepanzen zwischen den freiwilligen Größen von Ersparnis und Investition ergeben, sondern dass die Investitionstätigkeit langfristig, d. h. über einen größeren historischen Zeitraum hinweg, an Dynamik verliert, während das Sparvolumen synchron steigt. Auf einem dann nur noch fiktiven Vollbeschäftigungsniveau bestünde also *dauerhaft* freiwillige Überersparnis ($S_v > I_v$), also eine gesamtwirtschaftliche Unmöglichkeit, wenn von permanentem Nettokapitalexport abgesehen wird.

Die Vollbeschäftigungsbedingung, dass auf dem Vollbeschäftigungsniveau freiwillige Ersparnis und freiwillige Investition übereinstimmen: $S_v = I_v$, wird von Keynes als Ausnahmefall in einem Laissez-faire-System erkannt. Ohne Beschäftigungspolitik bildet ein Unterbeschäftigungsgleichgewicht den Normalfall, weil, wie gesagt, $S_v > I_v$. Ein Vollbeschäftigungsgleichgewicht von Ersparnis und Investition wird regelmäßig verfehlt, weil bzw. wenn Spar- und Investitionsentscheidungen nicht im Voraus koordiniert werden. Die Ersparnis steigt in der Regel mit dem Einkommen (Y): $S = S(Y)$. Die volle Absorption der auf dem Vollbeschäftigungsniveau anfallenden Ersparnis (S_v) durch die geplante Inves-

tion wird jedoch umso schwieriger bzw. unwahrscheinlicher, je mehr in der Vergangenheit bereits investiert wurde. Das sei kurz erläutert: Unter friedenswirtschaftlichen Bedingungen wächst der gesamtwirtschaftliche Kapitalstock (K)⁴ infolge der Nettoinvestitionen (I) laufend an, denn $I = \Delta K$ und somit ergibt sich der Kapitalstock im Zeitpunkt t als $K_t = \sum_j I_j$ ($j = t-1, t-2, t-3, \dots, t-n$). Je mehr also in der Vergangenheit investiert wurde, desto schmaler wird die Palette der noch möglichen bzw. als rentabel eingeschätzten Investitionsprojekte in der Gegenwart und Zukunft. Mit dem Wachstum des Kapitalstocks sinkt die Kapitalknappheit, und somit wird auch die erwartete Kapitalrendite abnehmen. Da sie die Investitionstätigkeit bestimmt, wird auch das Investitionsvolumen tendenziell sinken, allenfalls stabil bleiben. Der Keynesche terminus technicus für die erwartete Kapitalrendite lautet bekanntlich „Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals“ (r), und in folgendem Zitat aus der „Allgemeinen Theorie“ wird zweifelsfrei klar, dass Keynes eine im historischen Verlauf sinkende Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals nicht nur für möglich hält, sondern wohl erwartet: „Ich bin überzeugt, daß die Nachfrage nach Kapital streng begrenzt ist, in dem Sinne, daß es nicht schwierig wäre, den Bestand an Kapital bis auf einen Punkt zu vermehren, auf dem seine Grenzleistungsfähigkeit auf einen sehr niedrigen Stand gefallen wäre. Dies würde nicht bedeuten, daß die Benutzung von Kapitalgütern sozusagen nichts kosten würde, sondern nur, daß der Ertrag aus ihnen nicht viel mehr als ihre Abnutzung durch Wertverminderung und Veralterung, zusammen mit einer gewissen Spanne für das Risiko und die Ausübung von Geschicklichkeit und Urteilsvermögen, zu decken haben würde“ (Keynes, 1936/2006, 316f.).⁵ Sinkt die Grenzleis-

⁴ Unter dem Kapitalstock wird zwar meist nur das Sachkapital verstanden, aber bei heuristischem Gebrauch des Begriffs lässt sich auch das Wissenskapital (bzw. „Humankapital“) dem Kapitalstock zuschlagen.

⁵ Keynes' Prognose der langfristig sinkenden Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals deckt sich – ungeachtet unterschiedlicher Begründungen – mit Marx' „Gesetz“ des tendenziellen Falls der Profitrate. Das tief sitzende Vorurteil gegen Marx verwehrte Keynes zwar jegliche Marx-Lektüre, und Keynes' Anti-Marxismus ist wohl nicht zuletzt dem Einfluss seines Lehrers an der Universität Cambridge, dem Marx-Kritiker Alfred Marshall und überhaupt der an der Universität Cambridge vertretenen nationalökonomischen Orthodoxie und ihrer seit den 1880er Jahren vehement geäußerten Marx-Verachtung zuschreiben (vgl. Hobsbawm, 2012, 169 ff.). Doch das hinderte Keynes nicht, sich später (1939) recht wohlwollend über die englischen

tungsfähigkeit des Kapitals, nimmt *ceteris paribus* auch die Investitionstätigkeit ab, und umgekehrt lässt sich von nachlassender Investitionsdynamik auf die sinkende Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals schließen. Der langfristige Verlust an Investitionsdynamik ist, wie noch eingehender erläutert wird, eine Kernkomponente der Keynes'schen Begründung abnehmenden Wachstums.

1.4 Wachstum ohne Nettoinvestitionen?

Mit dem Kapitalstockwachstum durch Nettoinvestitionen ist in der Regel auch eine technologische Modernisierung der Produktionsanlagen verbunden, was u. a. einen Anstieg der Arbeitsproduktivität mit sich bringt. Doch gegebenenfalls – so eine Keynes'sche Erwägung – genügen bereits die Ersatzinvestitionen, damit technischer Fortschritt ohne Nettoinvestitionen realisiert wird: „Mit dem Beginn dieses goldenen Zeitalters werden uns verschiedene Mittel zur Verfügung stehen. Ziel muss es sein, die gesellschaftlichen Praktiken und Gewohnheiten allmählich zu verändern, um das „angezeigte Sparniveau“ zu verringern. Möglicherweise werden die Abschreibungsfonds fast ausreichen, um alle nötigen Bruttoanlageinvestitionen tätigen zu können“ (Keynes, 1943, in: Reuter, 2007, 162).

Die „Abschreibungsfonds“ dürften umso eher ausreichen, je größer sie sind, und da sie am Umfang des Kapitalstocks bemessen werden, wird die Investitionskraft bzw. die Bruttoanlageinvestition einer Volkswirtschaft wesentlich von dessen Größe mitbestimmt. Selbstverständlich wird der technische Fortschritt (noch) rascher vorankommen, wenn Nettoinvestitionen getätigt werden, aber eben nur, wenn das überhaupt noch

Marxisten der 1930er Jahre zu äußern: „Außerhalb der Reihen der Liberalen gibt es heute niemanden in der Politik, der auch nur einen Schilling wert ist, außer der Nachkriegsgeneration der intellektuellen Kommunisten unter fünfunddreißig. Sie schätze und respektiere ich ebenfalls. Sie ähneln mit ihren Gefühlen und Instinkten heute vielleicht am ehesten den typischen nervösen, nonkonformistischen englischen Gentlemen, die sich zu den Kreuzzügen aufmachten, die Reformation zuwege brachten, die Great Rebellion ausfochten, uns die bürgerlichen und religiösen Freiheiten erkämpften und die Arbeiterklasse im vergangenen Jahrhundert humanisierten“ (Keynes' Interview im „New Statesman“ vom 28.1.1934; Keynes, 1939, 494f. ; deutsch in: Hobsbawm, 2012, 265).

möglich (und sinnvoll) ist. Kapitalistische Investoren wollen Gewinn machen, aber wenn Nettoinvestitionen keine hinreichende Rentabilität mehr versprechen oder gar ein unvertretbares Verlustrisiko bedeuten, dann ist die Ära starken Investitionswachstums am Ende. Die nächste industrielle Revolution – vermutlich die „arbeitslose“ Fabrik⁶ – lässt sich auch aus den „Abschreibungsfonds“ finanzieren.

Es erscheint hier angebracht, den Keynesschen Gedanken, dass (produktivitätssteigernder) technischer Fortschritt allein durch die Ersatzinvestitionen realisiert werden könnte, noch etwas weiter zu treiben. Unter anderem bewirkt technischer Fortschritt einen Anstieg der (Arbeits-)Produktivität (Π). Sie lässt sich als eine Funktion der Brutto-(anlage)investition, somit aber auch als Funktion des Kapitalstocks (K_t) im Zeitpunkt t interpretieren: $\Pi_t = \Pi(K_t)$. Wenn keine Nettoinvestitionen mehr erfolgen ($I = 0$), dann wird der technische Fortschritt eben allein durch den Substanzerhalt des Kapitalstocks realisiert. Damit wäre weiteres Wachstum auch ohne Nettoinvestitionen möglich, aber auch notwendig, um *ceteris paribus* das bisherige (Voll-)Beschäftigungsniveau zu stabilisieren. Denn der Produktivitätszuwachs ($\Delta\Pi$) erfordert ein gesamtwirtschaftliches Wachstum in Höhe der Beschäftigungsschwelle, wenn das bisherige Arbeitsvolumen beibehalten werden soll. Es müsste also gewährleistet sein, dass die Nachfrage steigt. Da die Nettoinvestition ($I = 0$) hierfür ausfällt, kommen nur noch die drei anderen Aggregate, Konsum, Staatsausgaben und (positiver) Außenbeitrag infrage. Das (beschäftigungsneutrale) Einkommenswachstum müsste so verteilt sein, dass (möglichst) keine Ersparnis anfällt.

Ersparnisse zu absorbieren, wenn keine Nettoinvestitionen mehr vorgenommen werden, wäre zwar durch staatliche Kreditaufnahme und/oder durch einen positiven Außenbeitrag (bzw. Nettokapitalexport) möglich, aber es stellt sich die Frage, ob bei Kredittilgung die Gläubiger bereit und in der Lage sind, ihren Konsum zu steigern. Kredittransaktionen zwischen den Konsumenten erhöhen die Konsumnachfrage im Mehr-

⁶ Angeblich soll durch die „nächste industrielle Revolution“ ein Produktivitätszuwachs von 20 Prozent erreicht werden (vgl. Woher, 1). Das wird Nettoinvestitionen vorerst (wieder) attraktiver machen, aber mit der fortschreitenden Modernisierung des Kapitalstocks werden die Überkapazitäten womöglich erneut erhöht, „Grenzanbieter“ müssen ausscheiden oder werden aufgekauft, und die Nachfrage- bzw. Beschäftigungsprobleme nehmen weiter zu.

jahresdurchschnitt ohnehin nicht, sondern dienen der zeitlichen Konsumverschiebung. Das skizzierte Nachfrageproblem, das bei einer Nettoinvestition von Null, aber anhaltendem Produktivitätswachstum virulent wird, könnte sich letztlich als unlösbar erweisen. Keynes plädiert deshalb dafür, den Gordischen Knoten des Nachfrageproblems, wenn und wie es sich in hoch entwickelten, relativ gesättigten, wachstumsschwachen Volkswirtschaften dauerhaft einstellt, durch kürzere Arbeitszeiten zu durchschlagen (Keynes, u. a. 1930a; 1943).

Wenn Keynes' Wachstumskepsis von der historischen Entwicklung bestätigt wird, dürften sich die aktuelle Aversion gegen Arbeitszeitverkürzung und damit auch die Kritik an Keynes' Zukunftsvision sinkender Arbeitszeit(en) als recht kurzfristig herausstellen. Zudem fehlt heute der großen Mehrheit der abhängig Beschäftigten überhaupt die Freiheit, eigenständig eine Optimalkombination von Erwerbseinkommen (Arbeitszeit) und Freizeit zu wählen. Umfragen zeugen davon, dass zumindest in bestimmten Berufsgruppen kürzere Arbeitszeiten gegenüber einer Einkommenserhöhung präferiert werden. Darauf wird zurückzukommen sein.

1.5 Keynes' umfassende Wachstumsperspektive – historische Empirie und theoretische Erfassung

Zum Abschluss dieses „Vorspanns“ sei noch einmal hervorgehoben, dass Keynes' Theorie, wie an späterer Stelle auch noch erkenntnistheoretisch beleuchtet wird, nicht nur empirisch recht gut bestätigt wurde, sondern – und das mag gerade der Hauptgrund für die empirische Relevanz des Keynesianismus sein – dass sich Keynes zu seinen theoretischen Einsichten nicht zuletzt von den historischen Fakten her inspirieren ließ und nicht an falsifizierter Theorie festhielt. Ohne die empirische Tatsache, beispielsweise, dass in der Großen Depression nach 1929 die Zinselastizität der Investitionen entgegen dem klassischen/neoklassischen Zinsmechanismus deutlich absank, hätte sich Keynes vermutlich nicht zu seiner „revolutionären“ Erkenntnis durchringen können, dass die Investitionen nur ganz nachrangig vom Zins und vorrangig von der „Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals“ bestimmt werden (vgl. Clarke, 2009, 109 ff. passim), und ohne historische Empirie hätte Keynes das „Unterbeschäftigungsgleichgewicht“ zwar als theoretische Möglichkeit, aber eben

nicht als den (empirischen) Normalfall einer Laissez-Faire-Wirtschaft ausweisen können. Welchen hohen Wert die Historie in Keynes' Argumentationen einnimmt, lässt sich u. a. auch an einem seiner berühmtesten Aufsätze „Das Ende des Laissez-Faire“ nachvollziehen (Keynes, 1926/2011).

Wie Keynes wirtschaftstheoretische Überlegungen mit historischem Rück- und Ausblick verbindet, dafür finden sich im Folgenden weitere Belege, aber es dürfte ohnehin außer Zweifel stehen, dass Keynes ein Ökonom mit „historischem Bewusstsein“ war. Die Nettoinvestitionstätigkeit und damit die Ersparnisabsorption stellten sich für Keynes im 19. Jahrhundert u. a. wegen des anhaltend umfangreichen Infrastrukturausbaus und der technologisch bedingten längeren „Produktionszeiten“ (geläufiger: Gestationsperiode; vgl. u. a. Keynes, 1937) als ausgreifender und noch weit entfernt von irgendeiner Art Sättigung (saturation of investment) dar. Keynes mag sich bei den wirtschaftsgeschichtlichen Fakten gelegentlich geirrt haben, wichtig ist jedoch, dass er grundsätzlich die historischen Veränderungen von Investition, Konsum etc. zu erfassen suchte und dann seine theoretisch begründeten Schlussfolgerungen darauf bezog. Das möge folgendes Zitat aus der „Allgemeinen Theorie“ unterstreichen: „Je größer überdies der Verbrauch, für den wir im voraus gesorgt haben, um so schwieriger wird es, etwas weiteres zum Vorsorgen zu finden, und desto größer wird unsere Abhängigkeit vom gegenwärtigen Verbrauch als eine Quelle der Nachfrage. Je größer jedoch unser Einkommen, desto größer ist unglücklicherweise auch die Spanne zwischen unserem Einkommen und unserem Verbrauch. ... Jedesmal, wenn wir das heutige Gleichgewicht durch vermehrte Investitionen sichern, verschärfen wir die Schwierigkeit, das Gleichgewicht von morgen zu sichern. Eine verminderte Neigung, heute zu konsumieren, kann nur zum allgemeinen Vorteil ausgenutzt werden, wenn ein vermehrter Hang zum Verbrauch zu irgendeinem späteren Zeitpunkt erwartet wird“ (Keynes, 1936/2006, 90). Das könnte auch heißen: Der Kapitalstock ist irgendwann groß genug! Welche Zeitspanne mit „einem späteren Zeitpunkt“ gemeint sein könnte, ist eine Interpretationsfrage, aber gerade deshalb liefert – wie gesagt – die „Allgemeine Theorie“ analytisches Werkzeug für die kurze wie für die lange Frist. In diesem Sinn bemerkt Robert Solow, dass in Keynes' „Allgemeiner Theorie“ die Analyse auf kurze Frist zwar vorherrsche, aber dass das dort verfügbar gemachte theoretische Instrumentarium durchaus für die Untersuchung langfristiger Prob-

leme geeignet sei: „... the General Theory ... was primarily short-run macroeconomics, but its conceptual framework would have helped him to think about the long-run issues in Economic Possibilities, if only through the advantages that come with a systematic accounting for national income, consumption, investment and saving“ (Solow, 2008, 97). Damit ist gesagt, dass der Anwendungsbereich der „Allgemeinen Theorie“ sich auch auf längerfristige Entwicklungen erstreckt.⁷

2. Die Hauptquellen und ihre Aussagekraft

2.1 Das verborgene Licht der Keyneschen Erhellung ferner Horizonte

Die Masse des Textes, die in den 29 Bänden der „Collected Writings“ geboten wird, bezieht sich vorwiegend auf jeweils aktuelle Probleme. Die theoretische Fundierung der eben auf aktuelle, somit meist kurzfristige wirtschaftspolitische Aufgaben gerichteten Politikempfehlungen Keynes' begünstigte vermutlich den erwähnten Rezeptionsirrtum, langfristige Entwicklungen hätten Keynes kaum, jedenfalls nicht anhaltend interessiert und seine Theorie sei für deren Analyse auch ungeeignet. Doch selbst wenn auf die Auflistung sämtlicher Fundstellen verzichtet wird, die auf Keynes' Überlegungen zur langen Frist verweisen, so liegen doch einige Texte vor, die ganz eindeutig erkennen lassen, dass und wie Keynes die langfristige Entwicklung der kapitalistischen Ökonomien untersucht hat. Hervorzuheben sind hier folgende vier Quellen:

1. Der Vortrag/Aufsatz von 1928/30 „*Wirtschaftliche Möglichkeiten für unsere Enkelkinder*“ (Keynes, 1930a, in: Reuter, 2007, 135-147).
2. Die „*Allgemeine Theorie*“ gewinnt im Zusammenhang mit den explizit die Langfristperspektive ausleuchtenden Keynes-Texten eine neue, erweiterte Aussagekraft. Doch selbst wenn sie vornehmlich als eine makroökonomische Analyse kurzfristiger Prozesse wahrgenommen wird, so finden sich explizit Überlegungen, die eindeutig auf langfristige Entwicklungen bezogen sind (vgl. Krüger, 2012, 262 ff.,

⁷ Solow erwähnt, was in vorstehendem Zusammenhang doch nahegelegen hätte, weder Keynes' „Stagnationsaufsatz“ von 1937 noch das Memorandum von 1943. Das lässt vermuten, dass Solow die Texte nicht bekannt sind, ihm ihre Relevanz für Keynes' Ausblick auf die lange Frist zumindest nicht bewusst ist.

293 ff., passim; Solow, 2008, 87). Zudem kann das letzte Kapitel des Keynes'schen „Hauptwerkes“ kaum anders als die Ankündigung eines langfristigen sowie die engen ökonomischen Grenzen überschreitenden Ausblicks auf die kapitalistische Entwicklung verstanden werden. In der Tat entwickelt Keynes in den „*Schlußbetrachtungen zur Sozialphilosophie, zu der die Allgemeine Theorie führen könnte*“ (Keynes, 2006/1936, 314) – so die Kapitelüberschrift – dann auch recht weitreichende Überlegungen zu den (langfristigen) Mängeln des *bestehenden* Wirtschaftssystems, die er jedoch – eben durch eine Beschäftigungspolitik gemäß der „Allgemeinen Theorie“ – für überwindbar hält, und das lässt sich kaum anders als ein Langzeitprogramm verstehen. Denn die Beschäftigungspolitik muss auch gemacht werden, was wahrlich kein Selbstläufer sein wird, sondern vernünftige Einsicht und entsprechendes Handeln erfordert, die Keynes – wie wir sehen werden – der Politik in „kapitalistischen Demokratien“ nicht recht zutraute.

3. Der Essay zum Einfluss der Demografie auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung „*Einige wirtschaftliche Folgen einer abnehmenden Bevölkerung*“ von 1937 (Keynes, 1937, in: Reuter, 2007, 149-158).
4. Der jüngste Text zum Thema wurde im Mai 1943 verfasst und unter dem Titel „*Das Langzeitproblem der Vollbeschäftigung*“ (Keynes, 1943, in: Reuter, 2007, 159-164) veröffentlicht. Meines Wissens ist dieser erst 1980 in Bd. 27 der „*Collected Writings*“ zugänglich gewordene Text im deutschsprachigen Raum erstmals auf einer Konferenz des Wissenschaftszentrums Berlin im Jahr 1985 von Alois Guger und Ewald Walterskirchen vor einem Fachpublikum herausgestellt worden (Guger/Walterskirchen, 1988, 108)⁸, was aber keine breitere Kenntnisnahme der Keynes'schen Langfristprognose ausgelöst hat. Praktisch war der Keynes-Text von 1943 bis weit in die 1980er Jahre weitgehend unbekannt geblieben – auch dem Verfasser.

⁸ Den Hinweis hierauf verdankt der Verfasser Ewald Walterskirchen.

*2.2 Keynes' optimistische Vision für das Jahr 2030 –
ökonomisch, geistig und moralisch*

Von den aufgelisteten Quellen kann der mittlerweile häufiger beachtete Essay Keynes' von 1928/30 über „die ökonomischen Möglichkeiten der Enkelkinder“ als Auftakt der Keynesschen Auseinandersetzung mit dem langfristigen Wachstumsverlauf verstanden werden. Es finden sich zwar auch schon in zeitlich vorhergehenden Keynes-Texten Ausblicke, die weit über die tagesaktuellen Fragen hinausweisen, aber so ausführlich wie in dem Enkelkinder-Essay hatte sich Keynes bis dahin zu den Aussichten langfristigen Wirtschaftswachstums noch nicht geäußert. Am Enkelkinder-Aufsatz lässt sich meines Erachtens erkennen, dass und wie Keynes in einer Art Drei-Schritt nicht nur historische, wirtschaftstheoretische und moralphilosophisch-anthropologische Aspekte beleuchtet, sondern sie miteinander verschränkt. Beginnend mit dem Rückblick auf die Anfänge der Zivilisationsgeschichte bis zum Aufstieg des Kapitalismus seit dem 16. Jahrhundert und den Übergang zum intensiven Wachstum und dessen Beschleunigung im 19. und frühen 20. Jahrhundert gelangt Keynes zur Zukunftsvision eines Daseins seiner Enkelgeneration ohne die „alte“ ökonomische Knappheit.

Keynes' Blick auf die Zeit der Enkelkinder, drei Generationen voraus, wird von ihm – der essayistischen Form gemäß – mit einer „runden“ Zahl präsentiert, nämlich „in 100 Jahren“, also von 1930 aus gesehen das Jahr 2030. Ganz wörtlich ist das wohl nicht zu nehmen, sondern als ungefähre Zeitspanne. Keynes Ausgangsprämisse, dass das Produktivitätswachstum auf unabsehbare Zeit anhalten wird, hat sich bestätigt. Bestätigt hat sich damit auch Keynes' Erwartung einer Vervielfachung des Durchschnittseinkommens in den entwickelten Ländern um (mindestens) das Vier- bis Achtfache. Von einer Einkommenssteigerung solchen Ausmaßes versprach er sich den Beginn bzw. Übergang zu einer Gesellschaft ohne jegliche materielle Not – und eines quasi revolutionären Wandels der Lebensziele der meisten Menschen. Doch dieser fundamentale Mentalitätswandel ist bisher ausgeblieben, und es kam auch (noch) nicht zu der von Keynes avisierten Arbeitszeitverkürzung.

Von der 15-Stunden-Woche, die er für ausreichend hielt, um den an Arbeit gewohnten „...alte(n) Adam in uns“ zufrieden zu stellen, sind die altindustrialisierten Volkswirtschaften noch weit entfernt – von den Schwellenländern und den Armutsökonomien ganz zu schweigen. In

Deutschland lag die durchschnittliche Wochenarbeitszeit aller beschäftigten Arbeitnehmer, also der Voll- und Teilzeitbeschäftigten, 2012 bei 30.02 Stunden (Fuchs et al. 2013, 11), was zwar als „Arbeitszeitverkürzung“ gegenüber Keynes' Tagen erscheinen mag, aber die Verteilung des Arbeitsvolumens auf Vollzeit, Teilzeit und Minijobs genügt gewiss nicht der Keynesschen Vorstellung eines „Goldenen Zeitalters“, wie er es in dem Memorandum von 1943 anzukündigen wagte. Es sollte allerdings auch nicht übersehen werden, dass, wie schon kurz erwähnt, ein großer Teil der abhängig Beschäftigten unter den bestehenden Verhältnissen gar nicht die Entscheidungsfreiheit hat, das Verhältnis von Einkommen und Freizeit zu optimieren. Beispielsweise lautet das Resümee einer Untersuchung der Arbeitszufriedenheit von Ärzten an deutschen Kliniken, dass auch gut bezahlte Überstundenarbeit als unerwünschte Zusatzbelastung empfunden wird: „Der finanzielle Ausgleich der Überstunden hat indes einen vergleichsweise geringen Einfluss auf die Zufriedenheit mit der Arbeitsgestaltung. Mit anderen Worten: Wesentlich wichtiger ist den Befragten ein geringerer ‚workload‘ mit wenigen Überstunden, als dass Überstunden anfallen, auch wenn diese im Gegenzug bezahlt werden“ (Buxel, 2013, C 442).

Die avisierte Überwindung der „alten“ Knappheit begreift Keynes als eine derart weitreichende Umwälzung der sozialökonomischen Verhältnisse, dass davon sozusagen Katalysatorwirkungen ausgehen, die auch geistige und moralische Veränderungen herbeiführen – nicht sofort, und nicht bei allen Menschen, aber es gibt solche Veränderungen, „... wie wir erwarten müssen“ (Keynes, 1930a, in: Reuter, 2007, 143). Die perspektivische Breite des Keynesschen Essays wird in der Sekundärliteratur nach meinem Eindruck nicht durchgängig wahrgenommen, und Keynes' Überlegungen im Enkelkinder-Essay können dann sogar als „lose Spekulationen... und nicht... (als)... Teil der Keynesschen Theorie“ (so Falkinger, 1986, 75) erscheinen.⁹ Vorwiegend selektieren die Sekundär-

⁹ In Falkingers herausragender Monographie, die das lange als Tabuthema geltende Sättigungsproblem behandelt, werden nur der Enkelkinder-Essay und die „Allgemeine Theorie“ herangezogen, aber nicht die späteren Texte von 1937 und 1943. Was dann zu Keynes' „Spekulationen“ über die langfristige Entwicklung von Falkinger recht eingehend referiert wird, könnte aber fast als Widerlegung seiner Einschätzung verstanden werden, Keynes hätte sich nur „aus der Sicht der kurzen Frist und nicht mit den Quellen und Grenzen der langfristigen Entwicklung...“ (Falkinger, 1986, 75) auseinandergesetzt. Allerdings ist zuzugestehen, dass die Bezeich-

autoren die im engen Sinn ökonomische, nämlich wachstumsbezogene Vorausschau Keynes' (Skidelsky/Skidelsky, 2012; Pecchi/Piga, 2008; Falkinger, 1986), und beurteilen danach den gesamten Enkelkinder-Essay. Doch auch oder gerade die geistig-moralische Dimension der Keynes'schen Zukunftsvision verdient, thematisiert und kommentiert zu werden, was naturgemäß über das rein referierende „Nacherzählen“ hinausgeht. Allerdings sind bekanntlich die Ökonomen, also die Vertreter einer vermeintlich „harten“ Wissenschaft, bereits uneinig über den Erkenntniswert, den Realitätsgehalt und die Handlungsreichweite der positiven Keynes'schen Theorie, somit dürfte das Nachdenken über die „weichen“ Komponenten des Keynes'schen Werks eher noch kontroverser ausfallen; aber ein Tabu ist es nicht.

Keynes' ökonomische Zukunftseinschätzung präsentiert sich, wie schon skizziert, als eine plausible und relativ einfache Gedankenkette: Der produktivitätswirksame technische Fortschritt wird sich fortsetzen, möglicherweise sogar noch beschleunigt, und daraus folge eine Vervielfachung des Pro-Kopf-Einkommens: „Ich möchte voraussagen, dass der Lebensstandard in den fortschrittlichen Ländern in hundert Jahren vier- bis achtmal so hoch sein wird wie heute. Selbst im Lichte unseres heutigen Wissens hätte dies nichts Überraschendes. Es wäre aber auch nicht unsinnig, mit der Möglichkeit eines noch viel rascheren Fortschritts zu rechnen“ (Keynes, 1930a, in: Reuter, 2007, 140). Damit wäre die den „absoluten Bedürfnissen“ geschuldete Knappheit beseitigt, d. h. solchen Bedürfnissen, „die absolut in dem Sinne sind, dass wir sie fühlen, wie auch immer die Situation unserer Mitmenschen sein mag...“ (ebenda, 140). Die andere Bedürfnisart, die „relativen Bedürfnisse“, sind hingegen darauf gerichtet, „uns ein Gefühl der Überlegenheit“ zu geben, wenn sie befriedigt werden. „Bedürfnisse der zweiten Klasse, also solche, die das Verlangen nach Überlegenheit befriedigen, mögen in der Tat unersättlich sein; je höher das allgemeine Niveau, desto höher sind sie“ (ebenda).

Die „relativen Bedürfnisse“ sind unter vielerlei Bezeichnungen wie Prestige-, Demonstrations-, Repräsentationsbedürfnis und dergleichen im Verlauf der Zivilisationsgeschichte thematisiert und auch immer wieder – seit der europäischen Antike und in China seit Konfuzius – als überflüs-

nung „Spekulation“ semantisch vieldeutig ist und auch manche Zukunftseinschätzung abdeckt, die als Vorhersage, Voraussicht, Prognose und dergleichen auftreten und so auch verstanden werden kann.

sig, gar schädlich kritisiert worden, was auch die zentrale Thematik der bereits zitierten Schrift der Skidelskys „How much is enough?“ bildet. Die relativen Bedürfnisse stimulieren die Nachfrage nach Positionsgütern, und gerade in reichen Volkswirtschaften bilden sie jene konsumtreibende Warenkategorie, die noch potentielles Nachfragewachstum aufweist. Doch auf diese Güterart verzichten zu müssen/sollen, fällt gewiss nicht unter Keynes' Definition des wirtschaftlichen Problems, das die Menschheit seit Beginn ihres Daseins bedrückt hatte (vgl. Kenyes, 1930a, in: Reuter, 2007, 141, passim). Keynes formuliert zwar keine ausdrückliche Kritik der relativen Bedürfnisse, aber das wäre auch überflüssig. Denn seine Parvenü-Schelke, sein mehr als gelinder Abscheu vor Geldgier und Geiz, sein tiefes Unbehagen über die Unfähigkeit der Reichen, ihren Überfluss für „eine höhere Perfektion der Lebenskunst“ zu verwenden, sind unschwer als Kritik am „Konsumismus“, um diesen geläufigen Gegenwartsausdruck zu verwenden, zu erkennen: „Die meisten von denen, die ein eigenständiges Einkommen haben, aber ohne Anhang und Pflichten oder Bindungen sind, haben, so scheint mir, bei der Lösung der ihnen gestellten Aufgaben katastrophal versagt“ (ebenda, 143).

Solche Feststellungen erscheinen nur auf den ersten Blick als rein moralische Werturteile. Der kulturkritische Impetus, der in Keynes' Essay klar hervortritt, ist mehr als moralisierende Beliebigkeit. Es geht um die anthropologische Qualität von Homo sapiens. Ist er nur der Homo oeconomicus, zu dem ihn die klassische/neoklassische Wirtschaftstheorie erklärt hat, oder ist er ein Wesen, das zwar zu einem reinen „Wirtschaftsmenschen“ dressierbar ist, ja unter den Bedingungen drückender Knappheit dressiert werden muss(te), aber befreit von solch materieller Existenznot sich zu dem aufschwingen kann, was Keynes eben als „höhere Perfektion der Lebenskunst“ vorschwebt? Vielleicht sollten wir bedauern, dass Keynes' brillanter Enkelkinder-Essay bisher zu selten von Philosophen, Sozialpsychologen, Anthropologen, kurz von Leuten ohne ökonomischen Bias gelesen und interpretiert worden ist.¹⁰

¹⁰ Die bereits erwähnte Arbeit der beiden Skidelskys bildet eher die Ausnahme, enthält sich aber nicht nur einer tiefgehenden Erörterung der Keynesschen Anthropologie, sondern wirft ihm sogar vor, er hätte verkannt, welche Konsumkraft von den Prestigebedürfnissen ausgeht und die Menschen davon abhalte, längere Freizeit dem Einkommens- bzw. Konsumwachstum vorzuziehen, und Keynes wäre deshalb mit seiner Freizeitprognose gescheitert. Ausführlich kann hier nicht auf diese

2.3 Keynes' Annahmen:

Weder größere Kriege noch eine Bevölkerungsexplosion

Ist es nur eine Nachlässigkeit mancher Keynes-Interpretationen, wenn sie die Keynessche Annahme bzw. seinen Vorbehalt, „dass keine bedeutenden Kriege und keine erhebliche Bevölkerungsvermehrung mehr stattfinden“ (Keynes, 1930a, in: Reuter, 2007, 141) meist unbeachtet lassen? (vgl. u. a. etliche Autoren in: Pecchi/Piga, 2008). Gerade jener Vorbehalt provoziert doch, retrospektiv zu erwägen, ob und inwiefern die realgeschichtliche Hinfälligkeit dieser Prämisse, moralische, geistige, ideologische und dergleichen Konsequenzen zeitigte, die dem von Keynes avisierten Mentalitätswandel – zumindest noch – entgegenwirken. Beispielsweise erscheint mir die Vermutung plausibel, dass der Systemkonflikt zwischen 1945 und 1990 bzw. der „Kalte Krieg“ eine Wachstums- und Konsumorientierung begünstigte, ja erzwang, mit der die jeweilige Systemüberlegenheit materiell ausgewiesen und ideologisch legitimiert werden sollte und auch wurde. Alternative Wohlstandsmodelle, wie sie Keynes vor Augen hatte – Arbeitszeitverkürzung bis auf eine „Fünfzehn-Stunden-Woche“, eine „höhere Perfektion der Lebenskunst“, generell „große Veränderungen in den Moralvorstellungen“ (ebenda, 142f.) – hätten womöglich in den 100 Jahren nach 1930 gute, gewiss aber bessere Realisierungschancen gehabt, wenn „keine bedeutenden Kriege und keine erhebliche Bevölkerungsvermehrung“ stattgefunden hätten.

zumindest ungenaue Deutung eingegangen werden, daher nur ein Zitat aus einem Interview, das die beiden Skidelskys einer Tageszeitung gegeben haben. Interviewfrage: „Warum ist er (Keynes; KGZ) mit seiner Prognose so grandios gescheitert?“ – E(duard) S(kidelsky) widerspricht der in der Frage enthaltenen Behauptung nicht, sondern greift sie auf: „Aus zwei Gründen. Der erste hat mit der Natur des Menschen und den individuellen Motiven seines Handelns zu tun. Keynes dachte, die menschlichen Bedürfnisse seien endlich. Irgendwann wären wir zufrieden mit dem, was wir haben. Das stimmt offenkundig nicht. All unsere Bedürfnisse sind relativ. Wir vergleichen uns immer mit unseren Nachbarn und streben nach dem was andere haben, wir aber nicht.“ Interviewer: „Der zweite Grund?“ E. S.: „Liegt im kapitalistischen System, das uns zur Jagd nach immer mehr verdammt. Der Kapitalismus gießt Öl ins Feuer des menschlichen Verlangens. Die Politik hat jeden Versuch aufgegeben, die Marktkräfte zu steuern.“ Robert Skidelsky intervenierte nicht gegen die faktische Insinuation seines Sohnes, Keynes hätte quasi die „relativen Bedürfnissen“ gar nicht berücksichtigt (siehe Skidelsky/Skidelsky, 2013a, 20).

Die hohen Wachstumsraten nach dem Zweiten Weltkrieg, somit auch die nostalgische Erinnerung an ein vermeintliches „Wirtschaftswunder“, sind vor allem den Kriegszerstörungen zu verdanken oder richtiger: ihnen geschuldet. Ohne Krieg keine Kriegszerstörung, kein Wiederaufbau und kein Nachkriegswachstum. Auch das globale demografische Wachstum hob Keynes' Ausgangsprämisse auf. Etliche hoch entwickelte kapitalistische Volkswirtschaften weisen zwar seit längerem Geburtenziffern weit unterhalb der stationären Reproduktionsgröße (2.1) auf, insbesondere gilt das für die meisten europäischen Gesellschaften, aber das Wachstum der Weltbevölkerung tangiert auch die sozialökonomische Situation der alt-industrialisierten Gesellschaften – beispielsweise bezüglich der Kapitalakkumulation (u. a. Exportindustrien, Direktinvestitionen), der Rüstungsgüterproduktion oder der Flüchtlings- und Immigrationspolitik der Europäischen Union.

Es erscheint fast trivial festzustellen, dass die globalen Zusammenhänge auch eine gewisse Relevanz für den Erziehungs- und Sozialisationsprozess der Menschen in den hoch entwickelten Ländern haben, und die für Keynes vermutlich nicht vorstellbare und von ihm zweifellos missbilligte (Keynes, 1923a, 1923b) *Zunahme* der Weltbevölkerung von fast fünf Milliarden Menschen zwischen 1930 und 2012 – bis 2030 werden es fünfseinhalb oder sechs geworden sein – ist ein gewichtiges Argument zu seinen Gunsten, nämlich für seine vernunftoptimistische Erwartung, dass ohne eine „erhebliche Bevölkerungsvermehrung“ die Menschen sozusagen entspannter und friedlicher sich sowohl vom Wachstum als auch „von vielen pseudomoralischen Grundsätze(n)“ (ebenda, 143) verabschieden könnten, um „...den Geldtrieb nach seinem wahren Wert einzuschätzen...“, nämlich als ein „...ziemlich widerliches, krankhaftes Leiden, eine jener halb-kriminellen, halb-pathologischen Neigungen, die man mit Schaudern den Spezialisten für Geisteskrankheiten überlässt“ (ebenda, 143).

Die Bedeutung, die Keynes der Bevölkerungsfrage beimaß, mag bei der Lektüre des Enkelkinder-Essays nicht hinreichend klar werden. Deshalb sei hier erwähnt, dass Keynes bereits 1923 engagiert für Geburtenkontrolle plädierte und sie als einen zivilisatorischen Fortschritt charakterisierte, wie u. a. aus einer kurzen Adresse von 1923, die er an die „Birth Control Conference“ in Chicago sandte, hervorgeht: „The coming generation of Americans will be forced by circumstances to consider the problem of what is the ideal population for their country, as well as the

not less important problem of quality of those who are bred up. It will be a great moment in the progress of civilization when man takes conscious control of the factor of numbers, which so greatly influences his destinies, but which he has generously left hitherto, and nearly always to his undoing, to the blind forces of nature“ (Keynes, 1923b).

Keynes' dezidierte Einschätzung der demografischen Problematik wurde dann in einer äußerst scharf geführten Kontroverse mit William Beveridge noch verdeutlicht und differenziert.¹¹ Beveridge griff Keynes wegen dessen vermeintlichem „Malthusianismus“ an. Dass Keynes der Malthusschen Überbevölkerungstheorie eine gewisse Berechtigung gibt, lässt sich nicht leugnen und wird auch deutlich in dem Vortrag von 1937, der gerade nicht die Gefahr einer Überbevölkerung, sondern die von einer demografischen Stagnation, gar Schrumpfung ausgehende Nachfrageschwäche und die daraus folgenden Beschäftigungsverluste ins Zentrum stellt (Keynes, 1937, in: Reuter, 2007). Doch Keynes war kein „Vulgär-Malthusianer“, sondern war sich Malthus' Unterscheidung zwischen Überbevölkerung und (demografisch bedingter) Nachfrageschwäche völlig bewusst: „... falls hier einige alte Malthusianer anwesend sind,“ so Keynes 1937, „dürfen wir sie nicht annehmen lassen, ich würde ihr wesentliches Argument zurückweisen“ (ebenda, 156), dass nämlich eine stagnierende Bevölkerung eine höhere Kapitalausstattung pro Kopf und damit ein höheres Pro-Kopf-Einkommen beschere. „Unzweifelhaft fördert eine stationäre Bevölkerung einen steigenden Lebensstandard; aber nur unter einer Bedingung – nämlich dass der Anstieg im Ressourcenverbrauch oder im Konsum ... wirklich stattfindet“ (ebenda, 156f.).

3. Zutreffende Prognose auf der Basis realitätstüchtiger Theorie: Keynes' Vorhersage der drei Entwicklungsphasen nach Kriegsende

3.1 Die drei Phasen der Entwicklung

Schließlich kommt dem Text von 1943, dem letzten, relativ unbekanntem der vier angeführten Texte, meines Erachtens besondere Bedeutung zu.

¹¹ Keynes, 1923c; 1923d; sowie auch Keynes' Korrespondenz mit W. Beveridge in: ebenda, 137ff. Keynes griff die demografische Frage auch später wieder auf (vgl. u. a. Keynes, 1925; 1930a; 1937).

Denn es handelt sich nicht nur um die jüngste Quelle zur Keynes'schen Langfristsicht, sondern in ihr fasst Keynes die wesentlichen Überlegungen dazu pointiert zusammen und gibt beschäftigungspolitische Empfehlungen, was bei anhaltender Wachstumsschwäche, gar völligem Auslaufen des Wachstums getan werden sollte. Zentrale Punkte aus dem Enkelkinder-Aufsatz von 1930 kehren in modifizierter Formulierung auch im Memorandum von 1943 wieder – so die Erwartung anhaltenden Produktivitätswachstums und entsprechender Zunahme des Durchschnittseinkommens, das retardierende Wachstum und eine neue Gesellschaft des „Goldenen Zeitalters“. Die Grundgedanken der zwei im Abstand von rund fünfzehn Jahren verfassten Texte stimmen m. E. überein und zeugen von der Kontinuität der Keynes'schen Sicht auf die langfristige Entwicklung. Die Jahrhundert-Vision des Enkelkinder-Aufsatzes wird durch den kürzeren, auf höchstens einige Jahrzehnte bemessenen Prognosehorizont des Memorandums von 1943 keineswegs relativiert, sondern unterstrichen. Denn eine abnehmende Wachstumsdynamik, meinte Keynes in der Prognose aus dem Kriegsjahr 1943 bereits für etwa 15 bis 20 Jahre nach Kriegsende vorhersagen zu können, also für einen noch früheren Zeitpunkt, als er ihn 1930 anvisiert hatte. Das Memorandum hatte den Zweck, eine möglichst konkrete Prognose für die Nachkriegszeit zu liefern, und der Adressat, die britische Regierung, wünschte sicherlich keinen Essay, sondern eine handlungsleitende Analyse möglicher Entwicklungen auf mittlere und längere Sicht sowie einschlägige Empfehlungen für die Beschäftigungspolitik. Mit welcher Exaktheit und Treffsicherheit Keynes dem entsprach, erscheint ex post als wissenschaftlicher Geniestreich.

Wer mitten im Zweiten Weltkrieg, genauer: im Mai 1943, vorherzusagen sich erkühnte, dass es in wenigen Jahrzehnten nach Kriegsende zu so etwas wie einer Überfluggesellschaft und damit der *Voraussetzung* für ein „Goldenes Zeitalter“ kommen wird, mochte als verrückter Prophet oder realitätsferner Utopist erscheinen. Doch retrospektiv erweist sich Keynes' 1943er Prognose als erstaunlich realistische, ja geniale Voraussicht, wie ihm jüngst attestiert wurde (vgl. u. a. Walterskirchen, 2012) – und das auf der Grundlage nüchterner positiv-theoretischer Überlegungen und nicht etwa als spekulativer Zufallstreffer!

Im Memorandum von 1943 gibt Keynes eine differenzierte Prognose für die Nachkriegsentwicklung. Er unterscheidet drei Phasen. Knapp gefasst lassen sie sich durch das jeweils auf dem Vollbeschäftigungsniveau

bestehende Verhältnis von freiwilliger Ersparnis ($S_v =$ „indicated level of savings“) und freiwilliger Investition (I_v) unterscheiden, nämlich:

$$1. S_v < I_v \qquad 2. S_v = I_v \qquad 3. S_v > I_v$$

Die drei Phasen lassen sich mit Keynes etwas genauer beschreiben:

Die Phase 1 dauert an, solange der Investitionsanreiz, falls unkontrolliert, zu einem Investitionsvolumen führt, das größer ist als das angezeigte Sparniveau („*indicated level of savings*“ = freiwillige Ersparnis auf dem Vollbeschäftigungsniveau; KGZ) bei fehlender Bewirtschaftung und fehlenden anderen Kontrollen;

Die Phase 2 setzt ein, wenn die dringend notwendige Investition nicht länger größer als das angezeigte Sparniveau unter freien Bedingungen ist, aber noch dem angezeigten Sparniveau durch bewusste Ermutigung oder Beförderung weniger dringlicher, aber nichtsdestotrotz nützlicher Investitionen, angepasst werden kann;

Die Phase 3 beginnt, wenn die Investitionsnachfrage soweit gesättigt ist, dass sie nicht mehr auf das angezeigte Sparniveau angehoben werden kann, ohne sich auf verschwenderische oder unnötige Unternehmungen einzulassen (160).

Die Aussagekraft der 1943er Prognose sowie ihre noch recht unzulängliche Rezeption durch die fachökonomischen „Insider“ und somit erst recht durch die wirtschaftspolitischen und medialen „Outsider“, legitimieren es, hier einige Passagen, die sich auf die drei Nachkriegsphasen beziehen, ausführlich zu zitieren (Seitenangaben nach: Keynes, 1943, in: Reuter, 2007).

Zur ersten Phase schreibt Keynes: „Es ist unmöglich, einigermaßen präzise vorauszusagen, wie hoch das angezeigte Sparniveau nach dem Krieg – unter Abwesenheit von Bewirtschaftungsmaßnahmen – sein wird. Wir haben keine Erfahrungen mit solchen Gemeinwesen wie unserem unter den angenommenen Bedingungen, mit Einkommen und Beschäftigung, die sich eine Zeitlang auf oder nahe dem optimalen Niveau befinden und mit einer Einkommensverteilung, wie sie nach dem Kriege voraussichtlich sein wird“ (160f.).

Die erste Phase könnte vielleicht fünf Jahre dauern, – aber dies weiß niemand genau (161). ... Wir treten dann in die zweite Phase ein.... Wenn zwei Drittel oder drei Viertel aller Investitionen getätigt sind oder von öffentlichen oder halböffentlichen Körperschaften beeinflusst wer-

den können, sollte ein langfristiges (! KGZ) und solides Programm in der Lage sein, den möglichen Schwankungsbereich von wirtschaftlichen Fluktuationen in wesentlich engeren Grenzen zu halten als früher, als ein kleinerer Teil der Investitionen unter öffentlicher Kontrolle stand und sogar dieser Teil die Tendenz hatte, den Schwankungen im strikt privaten Sektor zu folgen, statt sie zu korrigieren (161f.). ... Die Hauptaufgabe sollte darin bestehen, große Schwankungen durch ein dauerhaftes Langfristprogramm zu verhindern. Wenn dies gelingt, sollte es nicht schwerfallen, kleinere Schwankungen dadurch auszugleichen, dass man einzelne Punkte des Langfristprogramms entweder beschleunigt oder gebremst durchführt (162). ...

Verglichen mit der ersten Phase ist es noch schwieriger, die Länge der zweiten vorauszusagen. Aber man könnte erwarten, dass sie weitere fünf oder zehn Jahre andauern und dann unmerklich in die dritte Phase übergehen wird (162).

Wenn die dritte Phase in Sicht kommt ... „wird (es) notwendig sein, sinnvollen Konsum zu fördern, Sparen zu missbilligen – und einen Teil des unerwünschten Überangebots durch vermehrte Freizeit zu absorbieren, mehr Urlaub (welches ein wunderbar angenehmer Weg ist, Geld loszuwerden) und kürzere Arbeitszeiten“ (162).

Notwendig wird es dann, wirtschaftspolitisch und gesellschaftspolitisch einzuwirken: „Mit dem Beginn dieses goldenen Zeitalters werden uns verschiedene Mittel zur Verfügung stehen. Ziel muss es sein, die gesellschaftlichen Praktiken und Gewohnheiten allmählich zu verändern, um das angezeigte Sparniveau zu verringern. Möglicherweise werden die Abschreibungsfonds fast ausreichen, um alle nötigen Bruttoanlageinvestitionen tätigen zu können“ (162).

Keynes äußert sich auch zu Vorschlägen zur konjunkturellen Stabilisierung: „Ich bezweifle, dass viel von Vorschlägen zu erwarten ist, unvorhergesehene, kurzfristige Investitionsschwankungen durch eine kurzfristige Stimulierung des Verbrauchs ausgleichen zu wollen. Aber ich sehe einen praktischen Vorteil in dem Vorschlag von Mr. Meade, die Beiträge zu den sozialen Sicherungssystemen gemäß dem Beschäftigungsniveau zu variieren“ (163).

In langfristiger Perspektive meint Keynes: „... dass wir ... im Rahmen eines stetigen langfristigen Trends anstreben sollten, das Ausmaß der Nettoinvestitionen zu reduzieren und den Konsum (oder, alternativ, die Freizeit) zu erhöhen“ (163).

Das Nachfrageproblem lässt sich zwar, wie dargelegt, auf die I-S-Relation zugespitzt demonstrieren, aber damit ist der Tiefgang des ganzen Nachfrageproblems noch nicht ausgelotet. Es ergibt sich – aus keynesianischer Sicht – durch folgende *langfristige* Trends, und die ändern sich nicht durch einen vorübergehenden Konjunkturaufschwung:

1. Wirkung des „fundamentalen psychologischen Gesetzes“ (theoriegeschichtlich angemessener: Brentano-Keynesschen Gesetz; Zinn; 1993);
2. makroökonomisch aggregierte Wirkung des Sättigungsgesetzes bzw. des Ersten Gossenschen Gesetzes im Sinn der „Gossen-Keynesschen Regel“ (Zinn, 1986a, 80 ff.).
3. Nachlassende Kapitalknappheit bzw. Vergrößerung des Kapitalstocks, was, wie bereits ausgeführt, eine zunehmende Einengung der Investitionsmöglichkeiten bewirkt und sich in sinkender Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals zeigt. Insgesamt stellt sich somit auch bei den Investitionen Sättigung (saturation of investment) ein, und die Zinselastizität der Investitionen sinkt – möglicherweise bis auf Null. Weder lockere Geldpolitik noch steuerliche Entlastung der oberen Einkommen vermögen dann noch eine Investitionsbereitschaft unterhalb der „Spekulationsstufe“ herbeizuführen, sondern die durch solche Politik bewirkte Zunahme von Überersparnis und die Liquiditätsschwemme nähren Nettokapitalexport, Spekulation und Blasenbildungen – und Geldhortung, die als extrem hohe „Liquiditätspräferenz“ bezeichnet werden mag, aber gegebenenfalls einfach wegen fehlender, leidlich sicherer Anlagemöglichkeiten zustande kommt.¹²

Den drei genannten Langfristtrends sollte wohl noch ein vierter hinzugefügt werden, nämlich die zunehmende Verteilungsungleichheit im interventionsfreien Kapitalismus, die das Ausmaß der Überersparnis erhöht bzw. die gesamtwirtschaftliche Konsumnachfrage senkt. Dass Keynes sich dieses verteilungsdynamischen Prozesses bewusst war, lässt sich zumindest indirekt aus seinen Empfehlungen zu einer Veränderung der „Vermögensverteilung in einer Weise...„dass dann nur noch ein kleinerer

¹² Wenn Banken unter Nutzung der zinstragenden Einlagenfazilität Liquidität bei der Zentralbank (EZB) „parken“, handelt es sich dann um Hortung oder um rentierliche Anlage mangels besserer/sicherer Alternative? Ich denke, jede Antwort könnte sich später als revisionsbedürftig herausstellen.

Teil des Einkommens gespart wird...“, herleiten (Keynes 1937, in: Reuter, 2007, 156). Die Verteilungsdivergenz ergibt sich aus verschiedenen Ursachen, und die Macht- und Monopolproblematik spielt hierbei eine wichtige Rolle, aber allein schon die einkommensabhängigen Unterschiede der Ersparnisfähigkeit bewirken eine zunehmende Verteilungsungleichheit der Vermögen und der resultierenden (Besitz-)Einkommen: Je höher die Ersparnisse, desto höher ceteris paribus im Normalfall, d. h. bei positiven Vermögenserträgen, auch das Besitzeinkommen eines Haushalts, was wiederum i. S. des „historischen“ Zinseszins-Mechanismus (vgl. Keynes, 1930a, in: Reuter, 138f.) die Vermögenskonzentration begünstigt. Welche und vor allem wessen Leistung sich hierbei „lohnt“, ist damit selbstverständlich noch nicht erklärt, und Keynes hatte große Sympathie für die u. a. von Maurice Dobb vertretene Auffassung, dass sehr unterschiedliche Verteilungsrelationen mit der kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft vereinbar sind bzw. historische Einflussfaktoren eine wesentliche Rolle im Verteilungsprozess spielen (vgl. Keynes, 1930b, 8 ff.).

Keynes befasst sich nicht eingehender mit dem Strukturwandel des abnehmenden, gar endenden Wachstums, aber er war sich der (künftigen) Dienstleistungsexpansion durchaus bewusst: „Mit zunehmendem Reichtum nämlich tendiert unser Konsum in Richtung solcher Dinge, vor allem Dienstleistungen von anderen Menschen, welche eine vergleichsweise kurze durchschnittliche Produktionszeit aufweisen“ (Keynes, 1937, in: Reuter, 2007, 152)¹³. Wenige Jahre nach Keynes' Tod – 1949 – legte Jean Fourastié (Fourastié, 1954) seine recht bekannte Analyse des langfristigen Strukturwandels vor und prognostizierte – unabhängig von Keynes' Vorleistung – ebenfalls abnehmendes Wirtschaftswachstum bis zur einer faktischen Stagnation. Fourastié gründete seine Prognose prinzipiell auf die gleichen Trends wie Keynes, nämlich auf das Zusammenwirken von Produktivitätswachstum und relativer Sättigung, und – wie der Titel seiner Monographie signalisiert – formulierte Fourastié „die große Hoff-

¹³ Keynes hatte auch schon früher auf das (zunehmende) Beschäftigungspotential bei Dienstleistungen hingewiesen, weil Dienstleistungen im Unterschied zur Substitution der Industriearbeit durch Maschinen geringerer Rationalisierung ausgesetzt seien (Keynes, 1932/1982, 38). Den Anteilsgewinn der Dienstleistungen erwähnt Keynes auch im 1943er Memorandum (Keynes, 1943, in: Reuter, 2007, 164).

nung des zwanzigsten Jahrhunderts“, blickte somit wie Keynes voller Optimismus in die Zukunft.

5. Vollbeschäftigung ohne Wachstum – eine Aufgabe kluger Politik

Das dauerhafte Langzeitprogramm des Staates, das Keynes bereits in der zweiten der genannten Nachkriegsphasen für notwendig hielt (Keynes, 1943, in: Reuter, 2007, 162), wäre wohl noch um eine höhere Staatsquote und ihre dauerhafte Finanzierung, also eine höhere Steuerquote, zu erweitern, um Überersparnis ohne Staatsverschuldung zu absorbieren bzw. gar nicht erst entstehen zu lassen; in diesem Sinn lässt sich auch folgender Passus aus der „Allgemeinen Theorie“ interpretieren: „Die zentrale Steuerung, die für die Sicherung der Vollbeschäftigung erforderlich ist, bringt natürlich eine große Ausdehnung der traditionellen Aufgaben der Regierung mit sich.“ (Keynes, 1936/2006, 320). Vermutlich erinnern sich (ältere) Nationalökonominnen bei vorstehender Feststellung an das „Wagnersche Gesetz“. Schließlich erscheint Keynes eine Umverteilung von Arbeit bzw. Arbeitszeitverkürzung geboten, und sie ist nicht nur als ultima ratio beschäftigungspolitisch zu begreifen, sondern hat als Freiheitsgewinn Eigenwert.

Bleiben die genannten Maßnahmen aus oder werden gar kontraproduktive Ratschläge befolgt – etwa die steuerpolitische Umverteilung von unten nach oben –, kommt es zu steigender Arbeitslosigkeit. Das ist leider eingetreten, weil die nationalökonomische Orthodoxie im Kreuzzug gegen die keynesianische „Ketzerei“ dominanten Einfluss auf Politik, Medien und Wirtschaft gewinnen konnte. Warum das möglich war, kann hier nicht erörtert werden. Doch es wird *auch* dadurch bedingt worden sein, dass Kapitalismus, wie wir ihn kennen und wie ihn seine Apologeten begreifen, die Vorstellung einer wachstumslosen Zukunft abstößt wie ein Fettklumpen die Regentropfen.

Mit Blick auf die realwirtschaftliche Entwicklung ist es sinnvoll, wie Keynes zwischen *primärer* Arbeitslosigkeit und *sekundärer* zu unterscheiden. Die primäre Arbeitslosigkeit ergibt sich aus den ersten drei genannten Wirkursachen der endogenen Wachstumsabschwächung – Sparverhalten, relative Nachfragesättigung und sinkende Investitionstätigkeit. Wer an dem Phänomen der (relativen) Sättigung mit Verweis auf die vermeintliche Unbegrenztheit der Bedürfnisse zweifelt, möge sich

vor Augen halten, dass es ohne (relative) Sättigung gar keinen Strukturwandel gegeben hätte; die Anteilsverschiebung von der Industrie zum Dienstleistungssektor hätte nicht sattgefunden. Sekundäre Arbeitslosigkeit tritt dann erst als weitere Folge der Beschäftigungs- und Einkommensverluste auf, wenn adäquate Gegenmaßnahmen unterbleiben. Es kommt zu einer Unterbeschäftigungs-Spirale: Primäre Arbeitslosigkeit → Nachfragemangel → Produktions- und Investitionsrückgang → weitere Entlassungen → sekundäre Arbeitslosigkeit → usw. Die sekundäre Arbeitslosigkeit lässt die primäre, also die „Initialzündung“ der Kontraktion, mehr und mehr in den Hintergrund treten, und die öffentliche Wahrnehmung konzentriert sich auf die sekundäre Arbeitslosigkeit bzw. die Abwärtsspirale. Auf das Phänomen relativer Sättigung hinzuweisen, kann dann sogar als Verhöhnung von Arbeitslosigkeit, Armut und Verelendungserscheinungen missverstanden und von interessierter Seite zur Diffamierung der Keynesischen Langfristanalyse instrumentalisiert werden. Dass ökonomischer Unverstand und die Borniertheit der national-ökonomischen Orthodoxie der inhumanen Praxis, der Massenarbeitslosigkeit noch zusätzliche „Konsolidierungs-Arbeitslosigkeit“ hinzuzufügen, das Geschäft erleichtern, liegt auf der Hand.

Die Unterbeschäftigungsspirale lässt sich vorübergehend verlangsamten, gegebenenfalls auch zeitweilig anhalten. Dies gelingt sowohl durch staatliche Defizitpolitik im Sinn des herkömmlichen konjunkturbezogenen Keynesianismus als auch durch privatkapitalistische Über- bzw. Fehlinvestitionen, die zwar auch schon vor der wachstumsschwachen Periode die Konjunkturzyklen formten, aber durch spekulative Übertreibungen potenziert wurden. Nicht zuletzt ließ sich das an der geduldeten Expansion des Kreditvolumens und der Kreditvergabe an äußerst dubiose Schuldner erkennen, was dann in die Große Gegenwarts-krise mündete.

3.2 Schwierigkeiten der Abgrenzung zur Konjunkturproblematik

Die dritte Phase beginnt also „unmerklich“, was heißt, dass der Übergang zu (dauerhafter) Wachstumsabsenkung unter die Beschäftigungsschwelle, also *ceteris paribus* zu tendenziell steigender Arbeitslosigkeit, ohne Kenntnisnahme der von Keynes beschriebenen *und* erklärten Entwicklung, also ohne Bewusstsein für das, was *tatsächlich* der Fall ist, zumin-

dest für eine gewisse, möglicherweise recht lange Zeit gar nicht wahrgenommen oder – was wahrscheinlicher sein dürfte – fälschlich als besonders ausgeprägte, aber doch vorübergehende Rezession fehldiagnostiziert wird. Kurzfristige Konjunkturschwankungen haben jedoch kurzfristige, vorübergehende Gründe, und das sind andere als die der langfristigen Abschwächung des Wachstums.

Zu solch einer Fehldiagnose kommt es selbstverständlich umso eher, wenn die „herrschende“ ökonomische Lehrmeinung das „Saysche Theorem“ in Ehren hält, wie es cum grano salis seit Beginn der 1980er Jahre wieder geschehen ist, und geleugnet wird, die Gesamtnachfrage könnte überhaupt *dauerhaft* das Vollbeschäftigungsniveau verfehlen, wenn die „freien Marktkräfte“ – sprich: das Laissez-faire-System – sich unbehindert entfalten. Die Keynesianer werden zwar nicht müde, auf den Nachfragemangel als Fundamentalproblem kapitalistischer Volkswirtschaften hinzuweisen und für Nachfragepolitik zu plädieren, aber bekanntlich gerieten die Keynesianer seit der Ära Thatcher/ Reagan in die Defensive. Jedenfalls wird die Massenarbeitslosigkeit im Euro-Raum gegenwärtig dadurch zu „therapieren“ versucht, dass ihr noch weitere Arbeitslosigkeit hinzugefügt wird in der Erwartung, auf diesem Weg eine wettbewerbsfähige Vollbeschäftigungsökonomie in den zur „Konsolidierung“ gezwungenen Volkswirtschaften herbeizuzaubern. Irgendjemand nannte so etwas Voodoo-Economics.

3.3. Zur Realitätstüchtigkeit der Keynesischen Langfristprognose und der Erklärungskraft der zugrunde liegenden Theorie

Die seit Beginn der politischen Ökonomie geläufige Theorien-Konkurrenz warf das Problem auf, nach welchen Kriterien ein fiktiv neutraler Richter bei der Auswahl entscheiden sollte. Ohne hier weiter auf erkenntnis- bzw. wissenschaftstheoretische Schulmeinungen einzugehen, mache ich apodiktisch den Vorschlag, sich des Popperschen Falsifikationismus zu bedienen. Danach gebührt jener Theorie bzw. jener Erklärung der Vorzug,

- die empirisch überprüfbare Prognosen liefert,
- die dann von der realen Entwicklung bestätigt werden (müssten),

- und die mehr Falsifikationsversuche als andere konkurrierende, ebenfalls empirisch bestätigte Theorien, erfolgreich überstanden hat.

Dass in den Wissenschaften nicht streng nach dieser Vorschrift vorgegangen wird, sondern Paradigmen i. S. Kuhns lange überleben können, weil sie genügend Verteidiger haben, obgleich klare Falsifikation vorliegt, ist bekannt. Ein brandaktuelles Beispiel bietet die nationalökonomische Wissenschaftslandschaft der allerjüngsten Vergangenheit und Gegenwart. Die Große Finanzkrise und ihre Vorgeschichte haben zwar die orthodoxe Gleichgewichtsökonomie und den Glauben an „effiziente Märkte“ widerlegt, aber innovative, kritische Nachwuchsforschung gilt immer noch als karriereschädlich: „Die vertagte Revolution. Nur eine Minderheit der jungen Ökonomen setzt nach der Krise auf neue Ansätze“, titelte das Handelsblatt (Häring, 2013, 14). In diesem Artikel wird der Organisator der „Young-Scholar Konferenz“, zu der sich etwa 600 Nachwuchsökonominnen in Hongkong trafen mit der Einschätzung zitiert: „... dass es vor allem die Politik der führenden Fachzeitschriften ist, die schuld am ausbleibenden Umdenken in der Wirtschaftslehre“ sei (ebenda).¹⁴ Doch das ist meines Erachtens gar keine erkenntnistheoretische, sondern eine

¹⁴ Das Paradigma einer herrschenden Lehre anzugreifen, wird in zivilgesellschaftlich inspirierten Rechtsstaaten – anders als in der Vormoderne und modernen Unrechtssystemen – nicht mit „peinlicher Strafe“ geahndet, aber einer herrschenden Lehre die Prärogative zu verschaffen bzw. zu sichern, gibt es andere recht wirksame Methoden. Beispielsweise dient hierzu die in der Wirtschaftswissenschaft seit etwa drei Jahrzehnten vorangetriebene Praxis, die Karrieren des wissenschaftlichen Nachwuchses von Publikationen in bestimmten Fachzeitschriften abhängig zu machen, deren Publikationspolitik von Vertretern der herrschenden Lehre dominiert wird. Auch der von der Schwedischen Reichsbank 1969 eingerichtete Nobel-Gedächtnispreis für Wirtschaftswissenschaften, keineswegs ein „echter“, von Alfred Nobel (1833-1896) gestifteter Preis, erwies sich als ein – durchaus geschickt genutztes – Instrument zur vorrangigen Reputationszuteilung an Verfechter der herrschenden Lehre der politischen Ökonomie. Dagegen fallen die quasi paradigma-neutralen und die wenigen paradigma-kritischen Preisträger nur insoweit ins Gewicht, als letztgenannte Preisträger dem Auswahlverfahren den Anschein ideologischer Neutralität verschaffen. Dass das gerade nicht der Fall ist, wird nicht zuletzt an der Liste von herausragenden WissenschaftlerInnen deutlich, die von den Juroren der „Königlich Schwedische(n) Akademie der Wissenschaften“ nicht „ausgewählt“ wurden – etwa Joan Robinson (1903-1983), Piero Sraffa (1898-1983), Raül Prebisch (1901-1986), Paul M. Sweezy (1910-2004), Eric Hobsbawm (1917-2012) u. a.

wissenschaftssoziologische sowie vom konservativen Beharrungsvermögen der Institutionen aufgeworfene¹⁵ – und in der Ökonomie wohl auch eine ideologisch bedingte – Problematik. Der Überlebenskampf konkurrierender Theorien findet sich zwar in fast allen Wissenschaften, aber in der Nationalökonomie bzw. der politischen Ökonomie tritt er viel stärker hervor als in den anderen Sozialwissenschaften oder gar in den naturwissenschaftlichen Disziplinen. Die Erklärung dafür scheint offen zu liegen – nämlich die politische Relevanz ökonomischer Theorien. Die öffentliche Wahrnehmung der wirtschaftspolitischen Kontroversen und die ideologischen Ausdeutungen ökonomischer Theorien verschaffen den Wirtschaftswissenschaften eine Vorrangstellung in der gesellschaftlichen Bewusstseinsbildung. Theorienkonkurrenz wirft, wie gesagt, die erkenntnistheoretische Frage auf, wie sich der Realitätsgehalt der Theorien und damit deren Brauchbarkeit für wirtschaftspolitische Gestaltung erkennen lassen. Es geht also nicht um die interessenabhängige Selektion von Theorien durch Politik und Wirtschaft oder das lange Hinauszögern einer „wissenschaftlichen Revolution“ i. S. Kuhns infolge der Verteidigungskraft der Anhänger eines zwar falsifizierten, aber bisher noch sakrosankten Paradigmas, sondern darum, sine ira et studio sich der Wahrheit zu nähern.

Ich behaupte, dass Keynes' Prognose der drei Nachkriegsphasen den historischen Test recht gut bestanden hat – jedenfalls besser als alle Konkurrenzprodukte. Die Bestätigung der Prognose bestätigt auch die ihr zugrundeliegende Theorie, und zwei wesentliche Theoreme von Keynes haben sich (erneut) als realitätsgerecht erwiesen: Erstens hängen Wachstum und Beschäftigung von der Nachfragentwicklung ab; zweitens geht das Nachfragewachstum aufgrund endogener Veränderungen langfristig zurück. Folgende Argumente seien für die Realitätstüchtigkeit des Keynes'schen Theorems endogener Wachstumsabschwächung angeführt, wobei Keynes' jüngste Prognose, also die aus dem Memorandum von 1943, als die verbindlichste gewertet wird.

¹⁵ Dieser Sachverhalt wird durch die Einschätzung eines Wirtschaftsjournalisten des Handelsblattes gestützt: „Die Idee, dass Professuren an einer deutschen Fachhochschule für Forscher mit ungewöhnlichen (! KGZ) Ansätzen durchaus in Reichweite liegen, ist gar nicht so weit hergeholt. Schließlich findet man solche Ökonomen schon heute eher hier als an den Fakultäten der Universitäten“ (Häring, 2013, 15).

Keynes lieferte nicht nur eine sehr lange, Jahrzehnte überspannende Vorhersage der Beschäftigungsentwicklung für die Nachkriegszeit, sondern prognostizierte m. W. als einziger Ökonom drei aufeinander folgende, deutlich abgrenzbare Phasen. Bereits die Vorhersage der ersten, durch Übernachfrage und starkes Wachstum charakterisierten Phase, stellt eine originäre prognostische Leistung dar. Denn für die Zeit nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges befürchteten viele Ökonomen eine *lange krisenhafte* Übergangsphase. Von einem generellen Aufschwungsoptimismus konnte nicht die Rede sein (hierzu eingehender Lekachman, 1975/1966, 162 ff. passim; Wessels, 1961, 418 ff.). Auch die Prognose der zweiten Phase, in der sich die Übernachfrage zwar zurückbildete, aber noch keine gravierenden nachfragebedingten Beschäftigungsprobleme aufkamen, zeugt von der treffsicheren Erklärungskraft der Keynes'schen Theorie. Schließlich wurde der „unmerkliche“ Übergang zur anhaltenden Wachstumsreduktion von Keynes als unvermeidlich konstatiert. Da die Selbstoptimierung des Marktes nicht einmal unter wachstumsgünstigen Bedingungen funktioniert, wird das noch weniger in einer Stagnationssituation möglich sein. Es sind daher recht weitgehende beschäftigungspolitische Interventionen geboten. Die Kritik am Laissez-faire, die in modifizierten Formulierungen an vielen Stellen des Keynes'schen Gesamtwerkes wiederkehrt, dürfte sich leicht auf das vom Neoliberalismus seit ungefähr drei Jahrzehnten propagierte und von der Politik realisierte Neo-Laissez-faire des Globalisierungsprozesses übertragen lassen. Die Problemeskalation, die Keynes für das nationalstaatlich begrenzte Laissez-faire konstatiert, gilt – wohl erst Recht – für die Globalisierung des „freien Marktes“. Die globale Nachfrage liegt weit unter dem globalen Produktionspotential, und die Weltarbeitslosigkeit erreicht die Größenordnung von Hunderten von Millionen Menschen.

Bis Ende der 1960er Jahre lagen die Wachstumsraten und das Beschäftigungsniveau in den OECD-Ländern erheblich über den Vergleichswerten danach. In jenen Jahrzehnten funktionierte die Formel „Vollbeschäftigung durch Wachstum“ recht gut. Das änderte sich grundlegend mit dem Wachstumseinbruch der 1970er Jahre. Mit wenigen länderspezifischen Ausnahmen – etwa den westskandinavischen Ländern – misslang die Aufrechterhaltung bzw. die Rückkehr zur Vollbeschäftigung. Selbst wenn die Wachstumsabschwächung als „Normalisierung“ interpretiert, wohl eher beschönigt wird, weil ja auch schon während der Industriellen Revolution kaum mehr als 2 bis 3 Prozent Wachstum er-

reicht wurden, so liefert solch ein Hinweis auf historische Verläufe kein Argument gegen die Keynesische Langfristprognose. Er hat eben Jahrzehnte im Voraus konstatiert, dass die Vollbeschäftigungsbedingung $S_v = I_v$ keine Ewigkeitslizenz hat, sondern im Gegenteil die Lizenz auslaufen wird. Wachstumsraten müssen mit Blick auf die Beschäftigungsschwelle beurteilt werden, wenn es um den Zusammenhang von Wachstum, Nachfrage und Arbeitslosigkeit geht. Der Vergleich zwischen dem Wachstum der Industriellen Revolution und heute führt aber ohnehin wegen der völlig verschiedenen Wirtschaftsstrukturen in die Irre. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhundert lag der Anteil der Urproduktion noch weit über 50 %. Eine gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate von 2- 3 % ergab sich aus weit höherem Wachstum des sekundären Sektors und einem schrumpfenden Primärsektor. Der historische Prozess bringt jedoch immer wieder völlig neue Konstellationen hervor, und das hatte Keynes stets im Blick, wie dargelegt wurde.

4. Kritische Schlussbemerkungen

Die Empfehlungen Keynes', wie sich trotz geringen oder völlig ausbleibenden Wachstums annähernd Vollbeschäftigung erhalten ließe, basieren sowohl auf nachfragetheoretischen Überlegungen, wobei er aber auch das Arbeitsangebot im Blick hat. Postuliert werden gleichmäßigere Einkommens- bzw. Kaufkraftverteilung, sinngemäß die Anhebung der Staatsquote, wie oben mit Verweis auf die „Allgemeinen Theorie“ belegt wurde, und Arbeitszeitverkürzung. Ohne hier *ausführlich* auf die Frage einzugehen, ob sich die Massenarbeitslosigkeit der vergangenen dreißig Jahre hätte vermeiden lassen, wenn vorstehende Rezeptur angewendet worden wäre, erscheint eine positive Antwort doch höchst plausibel. Skandinavische Länder, insbesondere Schweden (Zinn, 2009b, 2008d), begegneten relativ lange erfolgreich der stagnationsbedingten Massenarbeitslosigkeit mit höheren Staats- und Steuerquoten und gleichmäßigerer Kaufkraftverteilung. Bis 1992 bestand in Schweden Vollbeschäftigung, und die nach dem EU-Beitritt des Landes eintretende Beschäftigungskrise wurde wieder überwunden. Selbst gegenwärtig stellt sich die Beschäftigungssituation in den nordeuropäischen Volkswirtschaften noch besser als in anderen OECD-Ländern dar.

Keynes' wachstumsskeptische Prognose liefert *eine* Erklärungskomponente – neben anderen – für die krisenträchtige Entwicklung der vergangenen dreieinhalb Jahrzehnte und für die Entstehung der Großen Wirtschaftskrise der Gegenwart. Denn der Versuch, der Massenarbeitslosigkeit und dem retardierenden Wachstum durch steuerpolitische Begünstigung vor allem der oberen Einkommenschichten und durch lockere Geld- und Kreditpolitik zu begegnen (besonders extensiv in den USA während der 1990er Jahre), vermochte die realwirtschaftliche Tatsache der dauerhaft deprimierten Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals nicht aus der Welt zu schaffen. Erreicht wurde hingegen, durch Umverteilung von unten nach oben sowie lockere, zinsgünstige Kreditvergabe der lang anhaltenden Illusion Popularität zu verschaffen, es gäbe keine *endogene* realwirtschaftliche Wachstumsschwäche, sondern Wachstumsprobleme und Arbeitslosigkeit resultierten aus sozialstaatlich bedingten „Verkrustungen“ des Marktmechanismus, aus steuerpolitischer Demotivation der „Leistungsträger“, aus der „Anspruchsinflation“ usw. Deshalb seien die ergriffenen Maßnahmen „alternativlos“, um jene Übel zu beseitigen, und das brauche nun mal Zeit.

Diese Argumentation sollte dann die Neo-Laissez-faire-Politik, d. h. Entstaatlichung, Deregulierung, Flexibilisierung, Privatisierung etc., legitimieren. Die bestehenden, teils schon als Reaktion auf die Große Depression errichteten Grenzzäune zwischen der produktiven, das Werteschöpfungspotential steigernden Akkumulation und den auf bloße Umverteilung gerichteten, faktisch dann wertvernichtenden Spekulationsexzessen wurden eingerissen. Selbstverständlich bringen auch Fehlinvestitionen und Überakkumulation temporäres Wachstum und lassen die Beschäftigung temporär steigen, aber das gleicht dem sprichwörtlichen Graben und Wiederausfüllen von Löchern – allerdings auf Kredit.

Doch wenn schon solche Verschuldung, dann besser zugunsten des Ausbaus der Infrastruktur und der Versorgung mit öffentlichen, insbesondere zukunfts wichtigen Gütern. Das wäre immerhin eine zweitbeste Lösung, wenn und solange die beschäftigungspolitischen Empfehlungen Keynes' für eine hoch entwickelte, aber anhaltend wachstumsschwache Wirtschaft unbekannt sind und/oder als wahlpolitisch inopportun verworfen werden; – nämlich Stärkung der Massenkaufkraft durch gleichmäßigere Einkommens- und Vermögensverteilung, Arbeitszeitpolitik und staatliche Absorption dauerhafter Überersparnis, also eine höhere Staatsquote.

Die Umverteilung von unten nach oben, die kombiniert mit der als „Konsolidierung“ etikettierten Einschränkungen der öffentlichen Investitionen, Absenkung von Sozialleistungen, der Propagierung und teilweisen Durchsetzung längerer Arbeitszeit und dergleichen neoliberalistisch inspirierte Wohltaten für die Einen zulasten der Anderen praktiziert wird, hat bedrohliche Langzeitwirkungen: Die westkapitalistischen Volkswirtschaften beeinträchtigen – mit beachtenswerten länderspezifische Unterschieden – ihre Zukunftsfähigkeit auf das Schwerste. Ihre Infrastruktur zerbröckelt, ihre Bildungssysteme wurden notleidend, Arbeitslosigkeit wurde in Armut und Prekariat transformiert – und verschleiert. Des vermeintlichen, kurzfristigen Wahlerfolgs zuliebe wurde die mittel- bis langfristige Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaften gefährdet, und es fällt nicht schwer, die Spekulationsexzesse, die zur Großen Gegenwarts Krise führten, mit Keynes als „verschwenderische und unnötige Unternehmungen“ zu erkennen (Keynes in: Reuter, 2007, 160).

Zusammenfassend behaupte ich, dass Keynes nicht nur eine empirisch bestätigte Gesamtprognose für die Jahrzehnte nach Kriegsende vorlegte, sondern dass sich aus seiner Prognose sowohl eine *Ex-Post-Erklärung* der seit Anfang der 1980er Jahre virulenten Massenarbeitslosigkeit herleitet, als sich daraus auch eine *Ex-ante-Prognose* der Krisenentwicklung ergeben hätte; Letztgenannte nämlich für den – ja eingetretenen – Fall, dass seine beschäftigungspolitischen Empfehlungen für eine hoch entwickelte, aber (gerade deshalb) anhaltend wachstumsschwache Volkswirtschaft missachtet werden.

Keynes' Langfristprognose von 1943 nimmt sich, wie dargelegt, recht optimistisch aus, und das Zukunftsbild eines „Goldenen Zeitalters“ spricht nicht gerade für Zweifel am vernünftigen Umgang der Gesellschaft mit ihrem künftigen Reichtum. Doch in schwierigen Zeiten Optimismus zu *zeigen*, heißt noch nicht, ihn auch für *realistisch* zu halten. Das könnte auch auf Keynes „Weltsicht“ zutreffen. Jedenfalls bezweifelte er, dass seine beschäftigungspolitischen Vorstellungen eine Chance haben würden, während Friedenszeiten in einer „kapitalistischen Demokratie“ akzeptiert und umgesetzt zu werden: „It is, it seems, politically impossible for a capitalist democracy to organize expenditures on the scale necessary to make the grand experiments which would prove my case – except in war conditions. It is thus that, not for the first time in the fluctuating fortunes of mankind, good may come out of evil“ (Keynes, 1940, 149f.)

Die Keynesische Prognose hat den Vorzug der relativ einfachen (nachfrage-)theoretischen Grundlage. Einfachheit einer realitätstüchtigen Erklärung ist wohl kein Nachteil, oder hatte sich Wilhelm von Ockham (1285-1347) nur gründlich geirrt, sich also mit seinem „razor“ in den Finger geschnitten? Auch in punkto Einfachheit und Klarheit können die Konkurrenten des Keynesianismus nicht mithalten. Allenfalls ist die – ebenfalls empirisch bestätigte – Fourastiésche Vorhersage (Fourastié, 1954/1949) zum Strukturwandel, zur langfristigen Wachstumsabschwächung und zur Zukunft einer „tertiären Zivilisation“ der Keynesischen Prognosetüchtigkeit vergleichbar, aber sie konkurriert auch nicht mit der Keynesischen Langfristprognose, sondern stützt sie. Keynes' nachfrage-theoretisch begründete Langfristanalyse der endogenen Wachstumsreduktion im Kapitalismus und der Gefahr säkularer Massenarbeitslosigkeit verdient jedenfalls mehr Aufmerksamkeit und Anerkennung, als ihr bisher zuteilwird.

Literatur

- Banerji, A., Chuthan, L., 2012. Long-Term Growth May Stay Slow as Far as the Eye Can See (The Yo-Yo-Years: More Recessions in the West and Volatility for the Rest), in: Challenge, Bd. 55, Nr. 5, Sep.-Oct. 2012, S. 39-58.
- Baran, P.A., Sweezy, P.M., 1973/1966. Monopolkapital. Ein Essay über die amerikanische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, Frankfurt/M.
- Barraclough, G., 1977. The Keynesian Era in Perspective, in: Skidelsky, 1977, S. 104-11.
- Brandt, K., 1953. Die Problematik der Stagnation im wirtschaftlichen Wachstumsprozess, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 165, 1953, S. 360-379.
- Brandt, K., 1988. Dogmengeschichtliche Betrachtungen zur Stagnationstheorie. The Theory of Stagnation: A Historical View, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik Bd. 205, 1988, S. 465-479.
- Buxel, H., 2013. Arbeitsplatz Krankenhaus. Was Ärzte zufriedener macht, in: Deutsches Ärzteblatt, Jg. 110, H 11, 15. März 2013, S. C440-443.
- Carvalho, F.J., 1990. Keynes on the long period, in: Cambridge Journal of Economics, Bd. 14, S. 277-290.
- Clarke, P., 2009. Keynes. The Twentieth Century's Most Influential Economist, London-Berlin-New York.

- Falkinger, J., 1986. Sättigung. Moralische und psychologische Grenzen des Wachstums, Tübingen.
- Fourastié, J., 1954/1949. Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts, Köln-Deutz.
- Fuchs et al., 2013. IAB Prognose 2013. Der Arbeitsmarkt bekommt konjunkturellen Rückenwind, in: IAB-Kurzbericht, 6/2013, S. 1-12.
- Guger, A., Walterskirchen, E., 1988. Fiscal and Monetary Policy in the Keynes-Kalecki Tradition, in: Kregel, J., Matzner, E., Roncaglia, A., Hrsg., Barriers to Full Employment, Berlin. S. 103-132.
- Hagemann, H. 2010. Zu den ökonomischen Möglichkeiten unserer Enkelkinder, in: derselbe/Krämer, H., Hrsg., Perspektiven einer keynesianischen Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik. Ökonomie und Gesellschaft, Jahrbuch 23, Marburg.
- Hansen, A.H., 1959. Keynes' Ökonomische Lehren. Ein Führer durch sein Hauptwerk (1953), Villingen.
- Hansen, A.H., 1938. Full Recovery or Stagnation?, New York.
- Hansen, A.H., 1954. Growth or Stagnation in the American Economy, in: Review of Economics and Statistics, Bd. 36, Nr. 4, S. 409-414.
- Hansen, A.H., 1955. The Stagnation thesis, in: Fiscal Policy (The American Economic Association Series), London, S. 540-557.
- Häring, N., 2013. Die vertagte Revolution. Nur eine Minderheit der jungen Ökonomen setzt nach der Krise auf neue Ansätze. Doch ihre Forschung ist vielversprechend, zeigt die Inet-Tagung in Hongkong, in: Handelsblatt, Nr. 67, 8. April 2013, S. 14f.
- Harris, S.E. (Hrsg), 1948a. The New Economics. Keynes' Influence on Theory and Public Policy, New York.
- Hummel, G., 1959. Vorwort des Herausgebers, in: Hansen, 1953/1959, S. V-VIII.
- Keynes, J.M., 1923b. (ohne Titel) *From Birth Control Review*, December 1923, in: The Collected Writings, Bd. 30, London-Basingstoke 1989, S. 7.
- Keynes, J.M., 1923c. Population and Unemployment, in: Collected Writings, Bd. 19/I, London-Basingstoke 1981, S. 120-125.
- Keynes, J.M., 1923d. A Reply to Sir William Beveridge, in: Collected Writings, Bd. 19/I, London-Basingstoke 1981, S. 125-137.
- Keynes, J.M., 1926/2011. Das Ende des Laissez-Faire. Ideen zur Verbindung von Privat- und Gemeinwirtschaft (1926), 2. A., mit einem Vorwort von Peter Kalmbach und Jürgen Kromphardt, Berlin 2011.
- Keynes, J.M., 1925. Bin ich ein Liberaler?, in: Mattfeldt, 1985, S. 86-95.

- Keynes, J.M., 1930a. Economic Possibilities for our Grandchildren, in: The Collected Writings of John Maynard Keynes, Bd. 9: Essays in Persuasion, London/Basingstoke 1972, S. 321-332 (deutsch in: Reuter, 2007, S. 135-147).
- Keynes, J.M., 1930b. The Question of High Wages, in: Collected Writings, Bd. 20, London-Basingstoke 1981, S. 3-16.
- Keynes, J.M., 1931/1985. Gedanken über Freihandel, in: Wirtschaftsdienst, Jg. 16, 1931, S. 749-752 (deutsch in: Mattfeldt, 1985, S. 162-169).
- Keynes, J.M., 1932/1982. The Dilemma of Modern Socialism, in: Collected Writings, Bd. 21, S. 33-39.
- Keynes, J.M., 1933/1985. Nationale Selbstgenügsamkeit, in: Schmollers Jahrbuch, Jg. 57 (2. Halbbd.), S. 561-579 (hier zitiert nach: Mattfeldt, 1985, S. 192-161).
- Keynes, J.M., 1934. Armut im Überfluss: Zur Selbststeuerungsfähigkeit des Marktes, in: Keynes, 2008, S. 139-149.
- Keynes, J.M., 1936/2006. Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes (1936). 10. A., Übersetzung von Fritz Waeger, korrigiert und überarbeitet von Jürgen Kromphardt und Stephanie Schneider, Berlin 2006. (Ich benutze hier aus arbeitsökonomischem Grund mein Handexemplar der 10. A. wegen vieler Anstreichungen, Anmerkungen u. dgl. Auswertungshilfen und bitte um Verständnis, dass ich auf die zusätzliche Anschaffung/Verwendung der 2009 erschienenen 11. A. verzichtet habe).
- Keynes, J.M., 1937. Some Economic Consequences of a Declining Population, in: Collected Writings, Bd. 14, London-Basingstoke 1973, S. 124-133 (deutsch in Reuter, 2007, 148-159).
- Keynes, J.M., 1939. Democracy and Efficiency, in: Collected Writings, Bd. 21, London-Basingstoke 1982, S. 491-500.
- Keynes, J.M., 1940. The United States and the Keynes Plan, in: Collected Writings, Bd. 22, London-Basingstoke 1978, S. 144-155.
- Keynes, J.M., 1943. The Long-Term Problem of Full Employment, in: Collected Writings, Bd. 27, London-Basingstoke 1980, S. 320-325 (deutsch in: Reuter, 2007 S. 159-179).
- Keynes, J.M., 1946/1980. The Balance of Payments of the United States, in: Collected Writings, Bd. 27, London-Basingstoke, S. 427-446.
- Keynes, J.M., 2008. Der Weltökonom am Mikrofon der BBC. Keynes on Air, Hamburg.
- Keynes, J.M., The Collected Writings of ~, 29 Bde. und Indexband (= Bd. 30), London-Basingstoke 1971 ff. (die Keynes-Texte im Literaturverzeichnis werden zitiert: Name, Jahr der Erstveröffentlichung, Titel, in: Collected Writings, Bd., Ort, Erscheinungsjahr).

- Klein, L.R., 1948. *The Keynesian Revolution*, New York.
- Krause, G. (Hrsg.), 2007. *Keynes als Alternativer? Argumente für eine gerechte Gesellschaft*, Berlin.
- Krüger, S. et al., 1984. *Keynes contra Marx?. Darstellung und Kritik der „General Theory“*, Hamburg.
- Krüger, S., 2012. *Keynes & Marx. Darstellung und Kritik der “General Theory”, Bewertung keynesianischer Wirtschaftspolitik, Linker Keynesianismus und Sozialismus, Hamburg (Kritik der Politischen Ökonomie und Kapitalismusanalyse, Bd. 4)*.
- Lekachman, R., 1975/1966. *The Age of Keynes*, New York et al.
- Lekachman, R. 1977. *The Radical Keynes*, in: Skidelsky, 1977, S. 59-66.
- Mattfeldt, H., 1985. *Keynes. Kommentierte Werkauswahl*, Hamburg.
- Pecchi, L., Piga, G. (Hrsg.), 2008. *Revisiting Keynes Economic Possibilities for our Grandchildren*, Cambridge/MA-London.
- Penrose, E., 1972. *Stagnation*, in: *International Encyclopedia of the Social Sciences* (1968), hrsg. v. David L. Sills, Bd. 15, New York-London 1972, S. 137-142.
- Reuter, N., 2000. *Ökonomik der „Langen Frist“*. Zur Evolution der Wachstumsgrundlagen in Industriegesellschaften, Marburg.
- Reuter, N., 2007. *Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen. Mit Texten zum Thema von John Maynard Keynes und Wassily W. Leontief, 2. A.*, Marburg.
- Riese, H., 1965. *Ein neoklassisches Modell der säkularen Stagnation*, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*, Bd. 121, S. 693-711.
- Schneider, E., 1953. *Der Streit um Keynes. Dichtung und Wahrheit in der neueren deutschen Keynes-Diskussion*, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Bd. 165, 1953, S. 89-122.
- Skidelsky, R. (Hrsg.), 1977. *The End of the Keynesian Era. Essays on the disintegration of the Keynesian political economy*, London-Basingstoke.
- Skidelsky, R., 2003. *John Maynard Keynes 1883-1946. Economist, Philosopher, Statesman*, London-Basingstoke-Oxford (= A selection of material taken from: *John Maynard Keynes I – Hopes Betrayed*, 1983; *John Maynard Keynes II – The Economist as Saviour*, 1992; *John Maynard Keynes III – Fighting for Britain*, 2000)
- Skidelsky, R., 2009. *Keynes. The Return of the Master*, New York.
- Skidelsky, R., Skidelsky, E., 2012. *How Much Is Enough? Money and the good life*, New York.

- Skidelsky, R., Skidelsky, E., 2013a. Marsch zurück in die Hölle! (= Gespräch mit Robert und Edward Skidelsky), in: Frankfurter Rundschau, Jg. 69, Nr. 75, 30.3./1.4. 2013, S. 20f.
- Skidelsky, R., Skidelsky, E., 2013b. Zurück zum Wesentlichen. Was wir zum guten Leben brauchen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 58, 4/2013, S. 79-90.
- Solow, R., 2008. Whose Grandchildren?, in: Pecchi /Piga, 2008, S. 87-94.
- Spahn, H.P., 1986. Stagnation in der Geldwirtschaft. Dogmengeschichte, Theorie und Politik aus keynesianischer Sicht, Frankfurt-New York.
- Spengler, J.J., 1952. Population Theory, in: Haley, 1952, S. 83-128.
- Steindl, J., 1952. Maturity and Stagnation in American Capitalism, Oxford (Neuaufgabe: New York 1976).
- Steindl, J., 1987. Stagnation, in: The New Palgrave. A Dictionary of Economics, hrsg. von John Eatwell/Murray Milgate/Peter Newman, Bd. 4, London-Basingstoke 1987, S. 472-474.
- Steindl, J., 1990. From Stagnation in the 30s to Slow Growth in the 70s, in: Derselbe, Economic Papers 1941-88, New York, S. 166-179.
- Swanson, E.W., 1956. The Economic Stagnation Thesis, Once More, in: Southern Economic Journal, Bd. 22, 1956, S. 287-304.
- Walterskirchen, E., 2012. Langfristige Perspektiven von Keynes und die aktuelle Wirtschaftsentwicklung, in: Chaloupek, Günther/Marterbauer, Markus (Hrsg.), 75 Jahre – General Theory of Employment, Interest and Money, Wirtschaftswissenschaftliche Tagungen der AK Wien, Bd. 17, Wien, S. 137-153.
- Wessels, T., 1961. Vollbeschäftigung, in: HdSW, Bd. 11, Stuttgart-Tübingen-Göttingen, S. 416-424.
- Woher, M., 2013. Aufmarsch der Roboter, in: Handelsblatt, Nr. 67, 8. März 2013, S. 1, 4f.
- Wright, D.M., 1945. The Future of Keynesian Economics, in: American Economic Review, Bd. 34, Juni 1945, S. 284-307.
- Wright, D.M., 1952. The Prospects for Capitalism, in: Ellis, 1952/1948, I, S. 449-472.
- Zinn, K.G., 1984. „Sättigung“ im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Bd. 35, H 1, 1984, S. 1-24.
- Zinn, K.G., 1985. Investitionstheoretische Implikationen einer sättigungsorientierten Erklärung von Stagnation und Arbeitslosigkeit, Replik zu Josef Falkinger, in: Konjunkturpolitik, Jg. 31, H 6, 1985, S. 348-360.
- Zinn, K.G., 1986a. Arbeit, Konsum, Akkumulation. Versuch einer integralen Kapitalismusanalyse von Keynes und Marx, Hamburg.

- Zinn, K.G., 1986b. Glückliches Wachstum – Von Epikur (341-270 v. Chr.) zu Keynes (1883-1946). Überlegungen zum Buch von Josef Falkinger, Sättigung. Moralische und psychologische Grenzen des Wachstums, Tübingen 1986, in: *Wirtschaft und Gesellschaft*, Bd. 13, 1987, S. 140-147.
- Zinn, K.G., 1993. Keynes' „fundamentales psychologisches Gesetz“ und dessen Vorwegnahme von Lujo Brentano, in: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften*, Bd. 113, 1993, S. 447-459.
- Zinn, K.G., 2008a. Rezeptionslücke des Keynesianismus: Die Langfristperspektive der Keynesschen Ökonomie, in: Zinn, 2008c, S. 21-32.
- Zinn, K.G., 2008b. Keynes als Alternativer?, in: Zinn, 2008c, S. 33-43.
- Zinn, K.G., 2008c. *Die Keynessche Alternative*, Hamburg 2008.
- Zinn, K.G., 2008d. Warum sind die Schweden die besseren Sozialdemokraten? In: Zinn, 2008c, S. 52-86.
- Zinn, K.G., 2009b. Kollektive Mentalität und wirtschaftspolitische Praxis. Solidarische Kultur in Schweden – Sozialangst in Deutschland, in: Brödner, Peter et al., *Das nordische Modell – eine Alternative?*, Hamburg 2009 (Supplement der Zeitschrift *Sozialismus* 5/2009), S. 49-60.
- Zinn, K.G., 2009c. Rezension von: Pecchi/Piga, 2008, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Bd. 229, Heft 5, S. 663-665.
- Zinn, K.G., 2011. Wachstum um jeden Preis? Mills „Stationary State“ heute und die Angst vor der vernünftigen Stagnation, in: Höntzsch, Frauke (Hrsg.), *John Stuart Mill und der sozialliberale Staatsbegriff*, Stuttgart, (Staatsdiskurse 18), S. 193-216.